

STADT DER VIELFALT?

Rassismus, soziale
Ausgrenzung und
Nazigewalt in Erfurt



Leben
verboten!
WARUM
?

Inhalt

Vorwort	3
Ist Erfurt eine vielfältige und weltoffene Stadt?	
»Wir gehören abgeschafft ...«	5
»... nicht willkommen in Erfurt«	7
»Niemand unternimmt irgend etwas«	8
»Erfurt als weltoffene Stadt zu bezeichnen fällt schwer ...«	9
»... plakatierte Vielfalt am Rathaustor«	11
Vielfältig sind in Erfurt nur die Nazis	14
Hinter der Gewalt	
Der Verharmlosung und Bagatellisierung entgegentreten	17
Erfurt 2012	18
Braune Vielfalt	20
Polizeihandeln nach rechtsmotivierten und rassistischen Angriffen	22
Die Gewalt und ihre Grenzen	23
Was tun?	
Der Frust muss raus – Konsequenz handeln gegen Nazis, Rassismus und staatliche Repression!	29
»Wer anders aussieht, gehört hier nicht her«	33
»Antifaschismus ist notwendig, nicht kriminell!«	34
Zur Notwendigkeit kategorialer Gesellschaftskritik	36
Gedanken über das Verhältnis kategorialer Kritik und konkreter Politik	38
Anhang	
Chronik von Naziübergriffen, Aktionen und Vorfällen	41
Mitmachen und Vernetzen!	45

Biko-Broschur #6: Stadt der Vielfalt? Rassismus, soziale Ausgrenzung und Nazigewalt in Erfurt
Herausgeberin: Arbeitsgruppe Vielfalt beim Bildungskollektiv Biko

edition assemblage - Reihe Antifaschistischer Politik [RAP]
ISBN 978-3-942885-45-4
edition-assemblage.de | Postfach 27 46 | D-48014 Münster
info@edition-assemblage.de

Alle Texte und Bilder stehen soweit nicht anders angegeben unter der Creative Commons »Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0«-Lizenz. Sie dürfen frei verwendet und verändert werden. Bedingungen: 1) Alle darauf aufbauenden Werke müssen in diesem Sinne frei sein und ebenfalls unter dieser Lizenz veröffentlicht werden. 2) Keine kommerzielle Nutzung 3) Angabe von Quelle und Autor_in. Die Lizenz ist einsehbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/>

Die Broschüre wurde gefördert vom Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus der Stadt Erfurt (<http://lap-erfurt.de/>).

Der Programmrat der edition assemblage hat sich entschieden, dieses Projekt in das Verlagsprogramm aufzunehmen, weil Erfurt kein Einzelfall ist. Rassismus, soziale Ausgrenzung und Nazigewalt beschäftigen uns in ganz ähnlicher Weise auch in anderen Städten und Regionen. Wir wünschen uns, dass die antifaschistische Arbeit der Erfurter Initiativen viele Nachahmer*innen und Unterstützer*innen findet.



Vorwort

Wen muss man fragen, ob eine Stadt vielfältig und weltoffen ist? Diejenigen, die sowieso dazu gehören, die Honoratioren, Lokalpolitikerinnen, Vertreter der Zivilgesellschaft? Die gerne gesehenen Besucher_innen, die Geld in die Stadt bringen? Oder diejenigen, die im Vergleich zu den genannten Gruppen eher am Rande stehen?

Wir finden, dass in Sachen Vielfalt und Weltoffenheit diejenigen sprechen sollen, die nicht zur Mehrheitsgesellschaft gehören und Ausgrenzungserfahrungen machen. Deswegen haben wir sie gefragt: »Ist Erfurt eine vielfältige und weltoffene Stadt?« Das wird auf den folgenden Seiten ziemlich eindeutig beantwortet: Punks fühlen sich bedroht und meiden bestimmte Stadtgebiete, Flüchtlinge berichten von rassistischen Polizeikontrollen, Internationale Studierende sprechen von Verharmlosung und Relativierung von Nazi-Übergriffen und alternative Jugendliche berichten, dass die Masse der Bürger_innen vor faschistischen Äußerungen die Augen verschließt. Peter Gispert kommt angesichts dessen zum Resümee »Vielfältig sind in Erfurt nur die Nazis«. Das mag in dieser Zuspitzung manche Leser_innen vor den Kopf stoßen, gleichwohl darf es nicht dazu führen, die Kritik reflexhaft als »Nestbeschmutzung« abzutun und damit zu erledigen. Wir fragen uns vielmehr: Welche Zustände führen zu den vielfältigen Ausgrenzungserfahrungen, die der zugespitzten Aussage zugrunde liegen? Welche Vielfalt ist in Erfurt willkommen? Welche wird gepflegt, welche kontrolliert und an den Rand gedrängt? Wie kann eine Vielfalt aussehen, die mehr bedeutet als dass Abweichung geduldet wird, so lange sie eine Bereicherung für den Standort darstellt und nicht den Normalbetrieb stört?

Der zweite Teil der Broschüre sammelt verschiedene Ansätze, auf die aufgeworfenen Fragen eine Antwort zu formulieren. Einigkeit besteht sicherlich in der eingangs von Christian Rühl vorgebrachten Forderung, der Verharmlosung und Bagatellisierung entgegen zu treten. Wie und auf welcher Ebene das geschehen kann, wird von den verschiedenen Autor_innen sehr unterschiedlich beantwortet.

Für *eine* Möglichkeit des Entgegnetretens hat sich ein Bündnis von Gruppen und Einzelpersonen entschieden und am 13.10.2012 eine Demonstration unter dem Motto »Der Frust muss raus« in Erfurt organisiert. Im dritten Teil der Broschüre dokumentieren wir einige Texte und Redebeiträge aus diesem Kontext. 500 Menschen, darunter viele Opfer von Nazi- und Polizeigewalt, haben gegen die Erfurter Zustände protestiert – mehr als bei einer durchschnittlichen Antifa-Demo, trotzdem wenige im Verhältnis zu 200.000 Einwohner_innen der Landeshauptstadt. Ein Grund dafür war sicherlich, dass die Werbung nur einen bestimmten Teil der Bevölkerung angesprochen hat. Gleichwohl spricht die geringe Beteiligung auch dafür, dass die im Aufruf formulierte Perspektive der Betroffenen von Gewalt und Ausgrenzung und die daraus begründete radikale Kritik nicht sonderlich weit verbreitet ist – vielleicht auch, weil es aus der Mehrheitsperspektive schwer vorstellbar ist, was Punks, Flüchtlingen, Migrant_innen, alternativen Jugendlichen und Internationalen Studierenden in Erfurt alltäglich widerfährt.

Diese Broschüre will die Vielfalt derer zeigen, die sich gegen diese Zustände alltäglich zur Wehr setzen. Weiterhin haben wir uns zum Ziel gesetzt, dass die an der Schrift beteiligten Gruppen und Einzelpersonen und die dazugehörigen politischen Spektren vorhandene Vorurteile über die Positionen und Motivationen der Anderen überwinden und sich dadurch die Möglichkeit ergibt, die Vernetzung zu intensivieren – oder zumindest die Abgrenzung besser zu begründen.

Ebenso sind natürlich alle Menschen, die ein besseres Leben wünschen, eingeladen, sich am Kampf um eine bessere Welt zu beteiligen. Deswegen präsentieren wir am Ende der Broschüre Möglichkeiten zum Mitmachen. Vielleicht können wir so ein kleines Stück dazu beitragen, eine Welt zu schaffen, in der Menschen ohne Angst verschieden sein können – auch und gerade wenn sie den Normalbetrieb stören.

Bildungskollektiv Biko im November 2012

**IST ERFURT EINE
WELTOFFENE UND
VIELFÄLTIGE STADT?**

»Wir gehören abgeschafft ...«

Alex und Beate sind Punks zwischen 25 und 35. Sie leben in Erfurt. In mehreren Gesprächen im Sommer 2012 haben sie geschildert, welche Gewalt- und Ausgrenzungserfahrungen sie in Erfurt machen.

Alex: An einem Samstag im letzten Winter sind wir mit zehn Leuten Sonntags morgens zwischen sechs und sieben in die Bahn Richtung Innenstadt eingestiegen. Wir kamen von einem Konzert. An der zweiten Haltestelle sind mehrere Faschos eingestiegen. Die kamen dann gleich direkt auf mich zu und machten dumme Sprüche, »Was glotzt so blöd«, halt das übliche. Ich bin nicht drauf eingegangen. Als wir aussteigen wollten und die Tür aufging hat der eine mich gleich raus geschubst, gleich als nächstes auch noch Anna. Die stand gleich hinter mir. Und weil die angetrunken war, ist sie gleich draußen hingefallen. Dann gab's irgendwie so'n Scharmützel an der Tür. Die haben getreten und versucht, einzelne Leute von uns wieder rein zu ziehen. Dann ging irgendwann die Bahntür zu. Die haben von innen gegen die Türe getreten und rumgeschrien. Dann gingen mit einem Mal die Türen wieder auf, und ein Typ kam gleich rausgestürmt. Ich dachte »Jetzt wird's ernst« und so war's auch: Er ist auf Anna drauf. Ein Schlag und die ist umgefallen. Ich hab sie aufgefangen, dass sie nicht zu Boden knallt. Dann hat Beate ihn angeschrien, was die Scheiße soll und da hat er ihr auch eine reingedrückt, zwei mal ins Gesicht. Sie ist in die Hocke, Hände vor's Gesicht, um sich zu schützen und der hat aber immer weiter auf sie eingepöbeln und versucht, sie in die Bahnhalttestelle zu drängen. Ich hab Anna an die Leute hinter uns weitergereicht und bin zwischen Beate und den Angreifer gesprungen und hab ihn an den Handgelenken festgehalten und weggezerrt. Als dann der erste Bullenwagen kam, sind die abgehauen. Dass das Nazis waren, war offensichtlich, der eine hatte auch eine Thor-Steinar-Jacke an.

Frage: Passiert so was öfters?

Alex: Ja. Dauernd. So vor vier Wochen war ich nachts mit Beate auf dem Heimweg und wollte auf dem Anger in die Bahn steigen. Wir laufen zur Bahnhalttestelle von der Drei. Gleich als wir da waren, kamen direkt von gegenüber zwei Typen, ein langer und ein dicker auf uns zugestürmt: »Ihr Scheiß-Zecken, ihr kriegt jetzt eins aufs Maul«. So. Beate hat versucht, rumzudiskutieren, ich hab' mich zurückgehalten, weil ich dachte »Vielleicht kann sie's schlichten«. Auf einmal haut der Lange ihr voll eine rein, sie geht zu Boden und sie treten auf sie ein. Ich hab versucht, die wegzuschubsen, das hat aber nicht geklappt, die haben immer weiter auf sie eingetreten. Dann hab' ich mich einfach über sie drübergelegt, um sie zu schützen. Und die haben meinen Kopf getreten, immer weiter. Ich hab Röntgenbilder vom nächsten Tag, da sieht man, dass ich jetzt 'ne Delle im Jochbein habe. Als die Bahn kam, hab' ich sie hochgezerrt und wir sind rein in die Bahn. An der Bahntür haben sie nochmal gemeint »Ihr Scheiß-Zecken, wir kriegen euch alle«... Zum Krämerbrückenfest haben wir Musik auf der Schloßerbrücke gemacht, da kamen fünf Hooligantypen an und haben irgendwie erzählt: »Ihr Scheiß-Zecken, das ist unsere Stadt«, meinten: »Wieviele seid ihr? Wir können ja ein 1:1 machen« und hat mit 'nem Telefon gewedelt. Der eine hat noch gemeint: »Ich bin Autonomer Nationalist und ich schlage Frauen und ich liebe Deutschland.« Wir haben die ausgelacht und der eine ist einem von uns in den Rücken gesprungen. Bevor es richtig losging, kamen aber gleich die Bullen und haben die Nazis weggeschickt. Die selben Typen haben etwas später auch noch an der Krämerbrücke Stress gemacht.

Frage: Warum denkt ihr, passiert so was gerade euch?

Alex: Wir sehen halt nicht normal aus, da reagieren die Leute drauf, zum Beispiel die Tage vor einem Laden in der Krämpfervorstadt sagen so sportliche Jungs: »Der sieht aus wie Jar Jar Binks«. Hab ich nicht weiter beachtet, und als ich dann ins Auto eingestiegen bin, rufen sie mir »Dreckiges Zeckenschwein« hinterher. So was ist halt Alltag für mich. Ich bin da gar nicht mehr überrascht.



Beate: Ich leide seit der Sache neulich nachts ein bisschen an Verfolgungswahn. Bahn fahre ich gar nicht mehr und wenn ich auf der Straße laufe und zum Beispiel Leute mit Thor Steinar sehe, dann denke ich: »Oh Gott, vielleicht war es der.« Ich fühle mich unwohl, wenn ich so Leuten begegne und würde am liebsten die Straßenseite wechseln, aber dafür bin ich zu stolz. Also so was prägt auf jeden Fall, gerade, wenn es mehrmals hintereinander passiert.

Alex: Ich fühle mich zurückversetzt in die 1990er und nach der Wende.

Beate: Ja, das geht jetzt wieder so los, dass man zum Beispiel überlegt: »Ja, wo gehen wir denn am besten lang?« Um die und die Zeit lieber nicht über'n Anger, da nimmt man lieber die Seitengassen. Oder man fragt beim Gehen: »Wer geht alles in die Richtung, woll'n wir nicht zusammen gehen?«. Da hab ich die letzten Jahre nicht drüber nachgedacht, aber jetzt fängt das wieder an.

Frage: Sind es nur Nazis, mit denen ihr solche Sachen erlebt?

Alex: Vorletztes Jahr wurden wir von Bullen in der Magdeburger Alle überfallen. Wir kamen von einem Konzert und waren auf dem Weg nach Hause. Höhe Spittelgartenstraße halten zwei Sixpacks an, die Typen kommen sofort raus gesprungen. Wollten mich mitnehmen, um meine Personalien festzustellen. Ich sage »Ich will nicht mit, das können wir auch hier machen.« Da sagen die »Wenn sie nicht mitmachen, wenden wir Gewalt an«, das haben sie dann auch gemacht. Lag ich halt auf dem Boden, so, der eine ist mit seinem Knie auf meinem Arm gelehnt und hat gleichzeitig versucht, meinen Arm auf den Rücken zu drehen. Dann kam plötzlich einer ohne Kampfanzug und hat erst mal voll abwertend gesagt »Kann überhaupt einer von denen Deutsch?« – weil ein Tscheche bei uns dabei war. Und dann meinte ein anderer Bulle: »Ne, das ist nur der eine, die anderen können alle Deutsch«. Der erste laberte dann was von »Kanakenpack«, was genau, weiß ich nicht mehr, aber der Ausdruck »Kanakenpack« ist gefallen. Da hab ich nen Spruch gemacht »Du bist wohl voll der Arier«, und er hat mir 'nen Vortrag gehalten übers Ariertum, wir Scheißzecken würden es uns viel zu einfach machen und es wär besser, wenn wir ... wie hat er's gesagt? Wir gehören abgeschafft oder so.

»... nicht willkommen in Erfurt«

Bella lebt in Waltershausen bei Erfurt. Als afrikanische Frau im Asylverfahren wehrt sie sich gegen vielfältige Formen von Rassismus und ist aktiv in der Flüchtlingsselfstorganisation und der antirassistischen Bewegung.

Ich denke nicht, dass Erfurt eine weltoffene Stadt ist. Ich sage das aus der Perspektive einer, die hier Rassismus – wie ich das nennen würde – erlebt hat. Ich traf am Bahnhof auf Polizeibeamt_innen, einen Mann und eine Frau. Schon als sie mich das erste Mal ansah, wusste ich, dass sie mich nach dem Ausweis fragen würde. Ich sagte: »I don't have, ich habe keinen Ausweis dabei« und sie fragte mich, ob ich in Erfurt wohnen würde. Ich habe mich gefragt, ob ich in Erfurt wohnen muss, um nach Erfurt zu kommen. Ich sagte ihr, dass ich nicht in Erfurt wohnen muss, um mich hier aufzuhalten und sie fragte: »Wo wohnen Sie denn?«, wollte meinen Nachnamen und mein Geburtsdatum wissen. Ich gab ihr die Daten und sie telefonierte mit ihrer Dienststelle. Sie fing an mit: »Ich hab eins hier gesehen.« und ich sagte: »Nein. Du hast nicht ›eins‹ hier gesehen. Du hast eine afrikanische Frau gesehen«. Ihr Kollege meinte, ich solle das nicht so ernst nehmen, aber ich sagte: »Nein, das ist Rassismus. Wie kannst Du einen Menschen so nennen? ›Eins‹, ›Eins‹ von was? Ich bin ein Mensch, kein Exemplar von irgendwas oder ein Tier. Ihr tut euch groß damit, dass Ihr in Afghanistan oder Irak die Polizei trainiert und ausbildet und hier?« Der Kollege hat versucht, sich zu entschuldigen, war dabei aber wahnsinnig überheblich. Da fühlt man sich natürlich nicht willkommen. Das war nicht meine erste Polizeikontrolle, obwohl ich nur sehr selten in Erfurt bin, vielleicht alle sechs Wochen. Die BeamtInnen sagen immer: »Ich kann nichts dafür, das ist Gesetz«. Aber ich sage: »Wenn das Gesetz rassistisch ist, dann darfst du das Gesetz nicht akzeptieren«. Ein Einzelner kann eine Veränderung herbeiführen, wie dieser US-amerikanische Sheriff in Arizona, der sich geweigert hat, rassistische Kontrollen durchzuführen – denn wenn es heißt, dass jeder Mensch gleich ist und mit Respekt behandelt werden muss, kann man nicht Menschen aufgrund ihres Aussehens kontrollieren. Und der Staat hat interveniert und das zugrunde liegende Gesetz geändert. Aber wer ein rassistisches Gesetz akzeptiert, ist ein Rassist. Das müssen Polizeibeamt_innen – egal ob in Uniform oder nicht – verstehen. Wenn Beamt_innen offen rassistisch agieren, sehen Nazis sich bestätigt. Sie haben das Recht, uns zu diskriminieren, weil selbst ein Polizist es so sieht: Ich bin schwarz, bin keine Deutsche, keine Europäerin, also werde ich hier ohne Respekt behandelt. Das ist meine Perspektive: Ich bin nicht willkommen in Erfurt.



»... niemand unternimmt irgendwas«

J. Müller ist ein alternativer Jugendlicher, der während der Fussball-Europameisterschaft 2012 zusammen mit einigen Freund_innen von Nazis angegriffen wurde.

Erfurt ist keine weltoffene Stadt. Dies bekam ich mit FreundInnen zur Fußball-Europameisterschaft 2012 zu spüren. Am 9.6.2012 gingen wir zum Public Viewing in den Stadtgarten, um uns das Spiel Deutschland gegen Portugal anzusehen. Schon vor dem Spiel bemerkten wir eine Gruppe Nazis. Auch sie nahmen uns wahr und schauten uns böse an. Zur Sicherheit haben wir erst mal die Fahrräder umgeparkt. Die erste Halbzeit begann. Überall wurde »Schland« gebrüllt, wir befanden uns in einem schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer, die ZuschauerInnen trugen Deutschlandtrikots und einige hatten sich die Farben ins Gesicht gemalt um wohl ihre Verbundenheit mit »Deutschland« zu demonstrieren. Wir äußerten Kritik an diesem nationalistischen Klima und versuchten mit umstehenden Menschen zu reden. Auch riefen wir »Nationalismus raus aus den Köpfen« und »Nazis raus« und machten darauf aufmerksam, dass Nazis anwesend seien – ohne Erfolg. Uns wurde lediglich gesagt, dass es hier doch um den Fußball ginge und wir »denen doch aus dem Weg« gehen sollten.

Als wir nach der Halbzeitpause wieder in den Raum kamen, fingen uns die Nazis ab: »Wie schaut's aus? Nach dem Spiel treffen wir uns draußen - wir zehn, ihr zehn! Dann zeigen wir euch den Nationalen Widerstand!« Sie versuchten zu »verhandeln« und meinten, wir könnten auch fünf gegen fünf oder eins gegen eins antreten. Wir gaben ihnen deutlich zu verstehen, dass wir das nicht wollten und sie gehen sollten. Wir sagten das so laut, dass es ohne Zweifel auch Umstehende hören konnten. Ich fühlte mich alleingelassen und hilflos und kein Mensch schien sich für uns und unsere Situation zu interessieren. In der zweiten Halbzeit traten die Nazis offensiver auf. Immer wieder hörten wir die Parole »Alles außer Deutschland ist scheiße«. Andere Fans riefen »Sieg«, was die Nazis mit »Heil« vervollständigten.

Wir gaben dem Veranstalter Bescheid und berichteten, dass wir bedroht wurden, worauf sich ein Mitarbeiter der Security hinter die Nazis stellte. Nach dem Spiel kamen die Nazis erneut zu uns: »Was ist denn nun? Wir können jetzt los!« Wir versuchten wieder zu verdeutlichen, dass wir uns nicht prügeln wollten und mit ihren Aktivitäten nichts zu tun haben wollten. Wir machten lautstark auf die bedrohliche Situation aufmerksam, doch es griff niemand ein. Sehr viele »Deutschlandfans« standen um uns herum und niemand unternahm etwas... Es gab ein weiteres Wortgefecht, sie meinten, wir seien nicht deutsch und würden Deutschland beleidigen, bevor sie anfangen uns zu stoßen. Dann wurde uns ins Gesicht geschlagen und bevor jemand von der Security dazukam, bekam ein Freund einen Kopfstoß, bei dem ihm die Lippe aufplatzte und ein Stück Zahn herausbrach. Die Nazis wurden rausgeworfen. Als wir gehen wollten, standen sie jedoch am Eingang. Sie versuchten über die Mauer zu springen, gingen zu dritt auf den Mann von der Security los und schlugen ihm die Nase blutig. Er bekam die Lage mit weiteren Kollegen wieder in den Griff. Doch bevor die Polizei eintraf, konnten die Nazis flüchten. Einige von ihnen wurden später gefasst und ihre Personalien festgestellt. Ihre faschistische Einstellung spiegelte sich eindeutig in der Auseinandersetzung nach dem Spiel wieder, indem einer äußerte, er fände Hitler »geil«.

Für mich zeigt sich hier sehr deutlich, wie frei Nazis in Erfurt agieren können. In aller Öffentlichkeit werden Menschen bedroht und geschlagen und niemand unternimmt etwas. Mensch fühlt sich von der Gesellschaft bzw. den Erfurter BürgerInnen im Stich gelassen. Auch scheint es mir, die Nazis würden beim Fußball akzeptiert werden, weil sie von den Fußballfans als eine Art »Mitstreiter« gesehen werden. Da sind dann eher die ein Problem, die ihren Antifaschismus leben, konsequent handeln und Konflikten nicht aus dem Weg gehen, indem sie sich überall gegen Nazis stellen. Es muss ein Umdenken stattfinden. Es kann nicht sein, dass vor faschistischen Aktionen die Augen verschlossen werden und dabei Menschen zu Schaden kommen.

»Erfurt als weltoffene Stadt zu bezeichnen fällt schwer ...«

Die Hochschulgruppe AntiRa Campus Erfurt entstand aus der Betroffenheit über rassistische Gewalt gegen Studierende mit Migrationshintergrund, internationale Studierende sowie weitere Hochschulangehörige der Universität Erfurt im Herbst 2011. Die Gruppe will Anlaufstelle für Betroffene von Rassismus sein, das Bewusstsein über das Ausmaß des täglichen Rassismus in Erfurt schärfen und für gesellschaftliche Teilhabe von Studierenden mit Migrationshintergrund und migrantische Studierende eintreten.

Erfurt als weltoffene Stadt zu bezeichnen fällt schwer, da sind die Aushängeschilder verschiedener Initiativen und Projekte der Stadt leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein – so gut es auch ist, dass es sie überhaupt gibt und so gut sie auch gemeint sein mögen. Sie sind nur leere Worte, wenn es wirklich darum geht, zu handeln. Zu oft ist was passiert, passiert jeden Tag und die Bewohner*innen dieser Stadt schauen zum Großteil weg oder unterstützen die latent rassistischen Äußerungen bis hin zu offensichtlichen Nazibekundungen. Es wird verharmlost und relativiert. Das geht aber nicht. Es geht nicht, wenn es um Menschenwürde und das Wohlbefinden aller geht. Warum Worte nicht mit Inhalt füllen? Warum so intolerant gegenüber anti-neonazistischen und anti-rassistischen Gruppen? Diese sind doch dafür da, das zu unterstützen, was die Stadt nicht allein schafft: Ein Wohlfühlklima für alle zu schaffen. Bis jetzt ist das noch nicht gelungen, da sich die Übergriffe von Neonazis in Erfurt in letzter Zeit nicht nur häufen, sondern nicht aufzuhören scheinen.

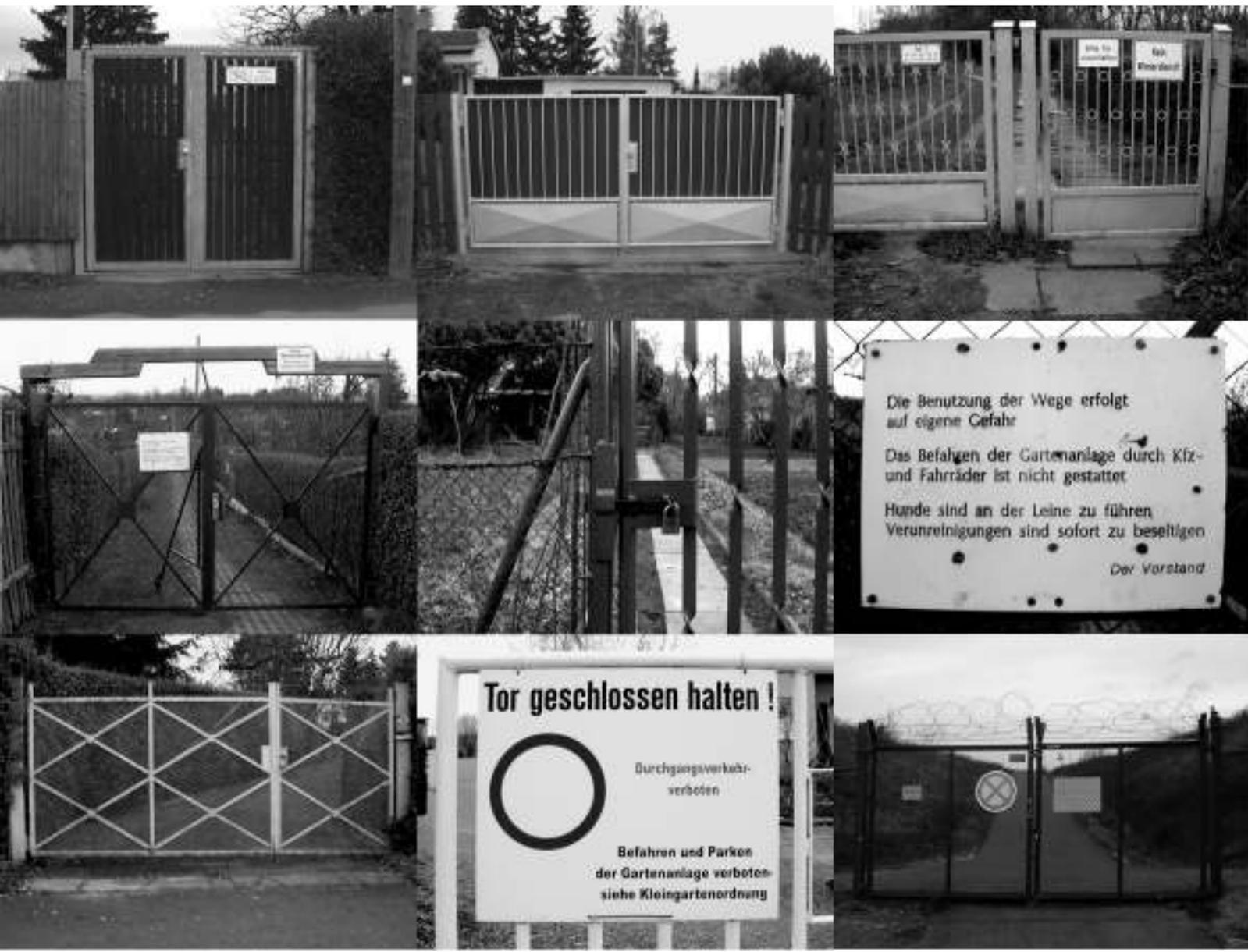
Wir wünschen uns alle eine Stadt, in der wir gerne leben, in der wir uns frei bewegen können und in der wir uns sicher fühlen. Wenn das nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten versucht wird umzusetzen – und es nicht nur bei dem Versuch bleibt – dann, ja dann lässt sich darüber reden, Erfurt eine weltoffene Stadt zu nennen.

Auf dem Campus möchten wir eine Anlaufstelle für von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffene Hochschulangehörige bieten. Als weitere Aufgabe der Hochschulgruppe wird die Schaffung des Bewusstseins gesehen, dass Rassismus Gegenstand des täglichen Lebens in Erfurt ist. Konkrete Projekte, die diese Ziele verfolgen, sind eine antirassistische Hochschulschrift, CampusWatch und die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Darüber hinaus organisieren wir Veranstaltungen, die sich mit Themen wie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Migration, alternative Gesellschaftskonzepte und vielem mehr beschäftigen. Letztendlich ist es uns sehr wichtig, eine Sensibilisierung der Dozierendenschaft und Universitätsleitung voran zu treiben, die leider oft nicht vorhanden ist.

Um ein wenig mehr das Thema anzusprechen, ist es uns wichtig zu erwähnen, dass unsere Gruppe nicht nur wegen diesen Angriffen, die Ende 2011 stattgefunden haben, existiert, sondern weil wir tagtäglich mit extrem rechten Symbolen, aber auch mit verbreiteten rassistischen Stammtischparolen konfrontiert werden. Beispielsweise zeigen die Ereignisse am Kunsthaus oder bei Burger King, wohin die Entwicklung rechten Gedankenguts in Erfurt führen kann. Leider haben wir das Gefühl, dass diese Übergriffe und deren Bekanntwerden wenig zur Änderung der Gesinnung vieler Menschen in dieser Stadt beigetragen haben. Es passiert so viel mehr als das, was an die Öffentlichkeit kommt. Wir gehen zum REWE einkaufen und Neonazis bedrohen uns körperlich. Wir gehen zum Späti beim Anger und werden von einem Thor-Steinar-T-Shirt-Träger begrüßt. Wir sehen Aufkleber von Eisernen Kreuzen auf Autos. Unsere Nachbarn hängen stolz Flaggen mit brennenden Fadenkreuzen in die Fenster.

Ein besonderes Anliegen ist es für uns zu erwähnen, dass der Großteil der rechtsmotivierten Angriffe nicht an die Öffentlichkeit kommt. Kurz nach Gründung unserer Gruppe erfuhren wir mehr und mehr über Studierende, gerade diejenigen internationalen Studierenden von der Willy Brandt School of Public Policy, die mit rechter Gewalt konfrontiert wurden. Leider sind diese Fälle nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Und es passieren immer wieder rassistische oder neonazistische Übergriffe, die nicht bekannt werden, weil sie entweder heruntergespielt und nicht ernst genommen werden, weil sich die Betroffenen nicht trauen, sie bekannt zu machen oder weiter zu tragen, oder weil es in den Augen Vieler einfach nichts bringt, keinen Effekt und keine Auswirkungen hat, wenn dies öffentlich wird.

Die Situation in Erfurt führt dazu, dass sich Studierende nicht wohl fühlen und eine Einschränkung in ihrer Bewegungsfreiheit empfinden. Eine öffentliche, breite, aber verschwiegene Duldung und Toleranz kann eben viel dazu beitragen, dass mehr und mehr rassistische Äußerungen von sich gegeben werden können oder auch dass die Ideologie der Neonazis doch nicht so ganz entfernt ist, wie es scheint.



»... plakatierte Vielfalt am Rathausstor«

Die Flüchtlingsini ist eine antirassistische Gruppe, die in diesem Beitrag einen Überblick der bestehenden Umstände aus ihrer Sicht auf Grundlage des Austauschs mit Flüchtlingen und eigener Erfahrungen bietet. Die inhaltliche Schilderung geschieht somit aus der Perspektive der Interaktion mit Flüchtlingen.

Wie sieht es mit selbstbestimmten Leben von Flüchtlingen in Erfurt aus? Flüchtlinge, die in Deutschland und somit auch in Erfurt ankommen, sind sofort und dauerhaft staatlicher Repression und Institutionellem Rassismus¹ ausgesetzt.

»Wir waren unterwegs [...] im Bahnhof und zwei Polizisten, sie haben uns direkt gejagt. Wahrscheinlich, sehr hoch wahrscheinlich wegen unseres Aussehens, nicht deutschen Aussehens.«²

Dies geschah am 8. Juli dieses Jahres nach einem Karawane³-Treffen in Erfurt. Der Aktivist Habibi geriet in eine rassistische Kontrolle am Bahnhof und wurde anschließend verhaftet. An diesem Tag konnte mit Hilfe solidarischer Aktionen eine Abschiebung verhindert werden. Rassistische Kontrollen in Erfurt sind aber keine Seltenheit. Konzentriert ist dies am Hauptbahnhof zu beobachten. Diese Kontrollen stehen eng im Zusammenhang mit der Residenzpflicht⁴. Diese ist eine behördliche Auflage zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen. Dadurch sind die Betroffenen gefangen in einer bestimmten Region, die vor allem in Thüringen sehr knapp bemessen ist. Dies hat unter anderem eine starke gesellschaftliche Isolation zur Folge. Die Möglichkeit, politisch aktiv zu werden und sich zu vernetzen, wird allein dadurch unterbunden. Flüchtlinge, welche sich dieser Regelung widersetzen, haben mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen. Dabei findet eine Kriminalisierung von betroffenen Menschen statt, welche eine negative Außenwirkung⁵ und Auswirkung auf das Asylverfahren zur Folge hat. Wir halten es für notwendig, gegen diese Regelungen vorzugehen. Zusätzlich ist es uns wichtig auf die zahlreichen Betroffenen dieser restriktiven Umgangsweise aufmerksam zu machen und sie zu unterstützen, um Repression nicht unbemerkt geschehen zu lassen. Doch ist dies nur eine Facette staatlich verordneter Isolation. Zentrale Unterbringung ist ebenso eine deutliche Unterdrückung individueller Selbstbestimmung.

»Ich bin Mitte 20 und muss mir ein Zimmer mit meiner Mutter und meinem schwerkranken Vater teilen.«⁶

So stellt auch die Stadt Erfurt geduldeten und sich im Asylverfahren befindenden Flüchtlingen die Möglichkeit der selbstständigen Wahl von Wohnraum nicht zur Verfügung. Das bedeutet, dass mitunter Menschen, die sich in ganz verschiedenen Lebenssituationen befinden, gemeinsam in einer Wohnung oder gar einem Zimmer leben müssen. Damit haben Flüchtlinge auch keinen Einfluss darauf, mit wem sie zusammen wohnen. Hier werden vor

1 Institutioneller Rassismus, auch struktureller Rassismus, ist die von Gesetzesgrundlage, gesellschaftlicher Norm und deren Logik ausgehende Diskriminierung von Menschen durch öffentliche Einrichtungen und die Verwaltung.

2 »The Voice«-Aktivist (<http://www.filmpiraten.org/2012/07/video-abschiebung-in-letzter-minute-verhindert/>)

3 Netzwerk für die Rechte von Flüchtlingen und Migrant_innen

4 Residenzpflicht ist eine behördliche Auflage, welche Menschen vorschreibt, den Landkreis nicht zu verlassen oder sich nur in einem bestimmten Landkreis bewegen zu dürfen.

5 Damit ist gemeint, dass Menschen, die ständig im öffentlichen Raum kontrolliert werden, stigmatisiert werden und somit ein bestimmtes Bild von Kriminalität in der Gesellschaft produziert und reproduziert wird.

6 Flüchtling aus Erfurt

allem wesentliche Bestandteile der Privatsphäre und individuelle Bedürfnisse an das Wohnumfeld missachtet. Für die Stadt hat diese Form der Unterbringung funktionale Zwecke, da somit viele Menschen auf kleinsten Raum und übersichtlich platziert werden können. Dies hat für die Stadt Vorteile, Verwaltung und Kontrolle werden damit »effektiv«. So sind Flüchtlinge weiteren Repressionen ausgesetzt, unter anderem auch über das Heimpersonal⁷. Häufig ist auch der zugeteilte Wohnraum unzureichend mit Haushalts- und Kochutensilien ausgestattet. Dies zeigte sich speziell im Zusammenhang mit der bis vor kurzem noch gültigen Gutscheinpraxis⁸. Ein zugeteilter Gutschein musste in den meisten Supermärkten mit vollem Wert umgesetzt werden. Damit wurde die vorrätige Lagerung von Frischprodukten aufgrund unzureichender Kühlschrankskapazitäten in vielen Fällen problematisch. Dass ein Gutscheineinkauf mit einem einfachen alltäglichen Einkauf nichts zu tun hat, war damit also nicht berücksichtigt.

»Ich und meine Frau mussten den Einkauf alle 100 m Stück für Stück abstellen.«⁹

Der Transport eines 50 €-Einkaufes, oftmals zu Fuß, war aufgrund der Entfernung der zugeschriebenen Supermärkte ebenso eine Belastung. Die Gutscheinpraxis ist im Gesamten, von der individuellen Einschränkung bis zu der damit verbundenen diskriminierenden und stigmatisierenden Kassensituation, behördliche Schikane. Seit dem 01. Oktober wird in Erfurt eine Umstellung auf Bargeld vollzogen. Dennoch möchten wir daran erinnern, dass mit der Entstehung des Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 1993, die Ausgabe von Leistungen in einer der repräsentivsten Formen bedenkenlos Umsetzung fand. Fast 20 Jahre wurde an einer Sozialleistung unter dem Existenzminimum festgehalten. Dass dieses Thema erneut an politischer Relevanz gewann, ist unseres Erachtens eine Folge von Ereignissen, denen der Mut eines Betroffenen, gerichtlich dagegen vorzugehen, zugrunde liegt. Erst dies führte schließlich zu dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes die Leistung an das Existenzminimum anzugleichen.¹⁰ Ähnlich verhält es sich auch mit der immer wieder in Deutschland positiv dargestellten Willkommenskultur.

»Meine schlimmste Erfahrung war der erste Tag für uns in Deutschland«¹¹

Die tatsächlich willkommene Zuwanderung orientiert sich jedoch lediglich an Menschen, welche wirtschaftliche Vorteile bringen. Flüchtlinge, welche nicht in die Lücken des Fachkräftemangels des Arbeitsmarktes passen, sind somit mit einer Kultur der Abschiebung und Repression konfrontiert. Hierbei wird ebenso ein Bild von Flüchtlingen produziert, welches bereits gesellschaftlich bestehende Ressentiments bestärkt. Dabei erhält die Aufklärung über asylrechtlichen Umgang, wie z.B. Arbeits- und Ausbittungsverbote, wenig Raum. Auch der Zusammenhang zwischen Flüchtlingspolitik und Ausbeutung durch Kolonialisierung wird ausgeblendet. Fluchtgründe aufgrund von Auswirkungen kapitalistischer Verhältnisse im Herkunftsland werden damit nicht anerkannt. Dies betrifft auch Minderheiten¹², welche im Asylverfahren oftmals Willkür ausgesetzt sind. Die von der Politik zitierte Vielfalt beschränkt sich dann nur noch auf vielfältige Verwertbarkeit. Die damit vom Staat praktizierten Mechanismen tragen somit einen wesentlichen Anteil zum Behüten von bürgerlichem Rassismus bei. Rassismus ist nicht nur ein Randgruppenphänomen, sondern ist tief in der Gesellschaft verwurzelt. Dies zeigt sich darin, dass rassistische Ressentiments unhinterfragt von der Mehrheitsgesellschaft, somit auch von vielen Erfurter_innen, übernommen werden. Damit verbunden sind Sozialisationsprozesse indem der Staat wie auch das soziale Umfeld eine aktive Rolle einnehmen, die den Weg für die Produktion und Reproduktion von Rassismen ebnet. Eine Zuspitzung dieser zusammenwirkenden gesellschaftlichen Gegebenheiten findet dann in der Gewaltausübung von Nazis gegenüber Flüchtlingen und Migrant_innen ihren Ausdruck. Somit manifestieren sich stetig Vorurteile und Feindbilder in einer Gesellschaft, in deren Breite eine kritische Sichtweise auf die bestehenden Verhältnisse nicht in Betracht gezogen wird.

7 Flüchtlingsheimen sind Sozialarbeiter_innen oder auch Wachleute von der Stadt zugeteilt.

8 Gutscheine sind begrenzt auf Lebensmittel und Hygieneartikel. Diese hatten in Erfurt meist einen Wert von 50 Euro, welcher nur in drei Supermärkten einzulösen war. Zwei dieser Supermärkte handhabten es so, dass der komplette Betrag bei einem Einkauf aufgebraucht werden musste. Zusätzlich gab es halbjährlich einen Bekleidungsgutschein.

9 Flüchtling aus Erfurt (<http://www.filmpiraten.org/2012/09/doku-der-alltagliche-rassismus-an-den-supermarktkassen/>)

10 PM des Bundesverfassungsgerichtes zum Beschluss (<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-056.html>)

11 Flüchtling aus Erfurt, der sich auf die Gutscheinpraxis bezieht. Das Zitat hat aber für uns eine verallgemeinerbare Aussagekraft (<http://www.filmpiraten.org/2012/09/doku-der-alltagliche-rassismus-an-den-supermarktkassen/>)

12 Dies betrifft politische, ethnische, religiöse Minderheiten und Menschen mit unkonventionellen Geschlecht oder sexuellen Orientierungen.

»...(in) einem Zitat aus dem Macpherson-Report aus dem Jahr 1999 (wird) davon ausgegangen, »dass Praktiken mit rassistischem Ergebnis nicht ohne das Wissen der agierenden Person geschehen; sondern dass die agierende Person es versäumt hat, die Konsequenzen seiner/ihrer Handlungen (...) zu überdenken.«¹³

Abschließend ist festzuhalten, dass Rassismus in seinen vielfältigen Formen selbstbestimmte Entscheidungen und Selbstentfaltung von asylsuchenden Menschen und Migrant_innen in Deutschland in vielen Lebensbereichen erheblich unterbindet. Wir nehmen dies als eine Methodik¹⁴ der Einschüchterung von Flüchtlingen wahr, da in vielen Bereichen des Alltags die Androhung schwerwiegender asylrechtlicher Konsequenzen als Druckmittel instrumentalisiert wird. Dieses, über langen Zeitraum ausgeübte Machtverhältnis, bedeutet zusätzlich kontinuierliche psychische Gewalt. Damit Hand in Hand gehen die alltäglichen Diskriminierungen, welchen Flüchtlinge und Migrant_innen in dieser Gesellschaft ausgesetzt sind.

Also was nützt nun Flüchtlingen eine plakatierte Vielfalt in Form eines Blechschildes am Rathaustor?

13 <http://www.kritisch-lesen.de/rezension/rassismus-mit-system>

14 Methodik (aus griech. méta (hin) und hodós (der Weg)) ist in der Wissenschaftstheorie die Gesamtheit aller wissenschaftlichen »Hinwege« zu einem Ziel (Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Methodik>). Wir raten zur Methodologie!



Vielfältig sind in Erfurt nur die Nazis

Peter Gisbert lebt und arbeitet in Erfurt und ist dort seit über 10 Jahren in verschiedenen außerparlamentarischen linken und alternativen Gruppen aktiv.

2009 zur »Stadt der Vielfalt« gekürt, gibt sich Erfurt imagebewusst, weltoffen und tolerant. Dass dies nicht so recht funktionieren will, liegt nicht an einem Versagen der gut bezahlten und gut ausgestatteten Werbebüros, die Erfurt engagiert, sondern vor allem an den unzähligen rassistischen und faschistischen Übergriffen, die seit ein paar Monaten immer wieder an die Öffentlichkeit gelangen. Auch die Lippenbekenntnisse in einer von allen Fraktionen im Stadtrat verabschiedeten gemeinsamen Erklärung, in der die Taten verurteilt werden, kann daran nichts ändern.

Rechte Schläger? – Ist doch voll 90er

»Ich fühle mich zurückversetzt in die 1990er und die Zeit nach der Wende« sagt Alex, ein Punk, in einem Interview zum Thema »Rechte Gewalt in Erfurt«, das bei einem Pressegespräch Ende August 2012 verlesen wurde. »Ja, das geht jetzt wieder so los, dass man zum Beispiel überlegt: ›Ja, wo gehen wir denn am besten lang?‹ Um die und die Zeit lieber nicht über'n Anger, da nimmt man lieber die Seitengassen« ergänzt Beate. Nach mehreren brutalen Übergriffen durch Neonazis in den letzten Monaten gehört rechte Gewalt nicht nur für diese Gruppe zum Alltag.

Der Raum im Hinterhaus der Offenen Arbeit ist gut gefüllt. Geladen hatten unter anderem das Bildungskollektiv Biko, die mobile Beratung MOBIT und die Opferberatungsstelle EZRA. Betroffene kommen zu Wort, politische Einschätzungen werden geliefert und vor allem das Verhalten von Polizei und Behörden wird kritisiert. Für die zahlreich anwesenden Medienvertreter_innen scheint das alles nichts besonderes zu sein, denn berichtet wird im Nachhinein darüber kaum. Der MDR sendet einen kurzen Videobeitrag, eine Agentur weiß zu berichten, Vereine hätten sich gegen extremistische Gewalt ausgesprochen.

Etwa einen Monat später weisen linke Gruppen in einer Chronik darauf hin, dass seit Dezember 2011 mindestens 69 rechte Aktivitäten bekannt geworden sind. Darunter finden sich 27 Übergriffe und 27 öffentliche Aktionen. Die antifaschistische Koordination Erfurt betont, dass rechte Aktivitäten in Erfurt keine Einzelfälle sind. »Gewalt, Aufmärsche oder Propaganda-Aktionen gab es immer« schreiben sie in einer Pressemitteilung.

Die Polizei – Dein Freund und Helfer

Für die Betroffenen von Übergriffen war das Zu-Hilfe-Holen der Polizei in der Vergangenheit nicht immer von Vorteil. Nach einem Angriff von 20 Nazis auf eine Feier des Biko ermittelt die Polizei nicht etwa gegen die angreifenden Nazis, sondern gegen ein Mitglied des Vereins. Eine Gruppe internationaler Student_innen berichtet nach einem Übergriff durch rechte Schläger am Anger von einem »freundschaftlichen Umgangston« zwischen Polizei und Nazis. Auch wurden die Student_innen dazu angehalten, die rechte Parolen grölenden und den Hitlergruß zeigenden Nazis nicht als solche zu bezeichnen, das könnte sie provozieren.

Während Betroffene also zu Täter_innen gemacht werden, können Nazis beinahe ungehindert agieren. Alltag in Erfurt. Dabei bemüht sich die Polizei bereits um ein besseres Image. Erst ein dritter Naziübergriff innerhalb weniger Wochen in der Michaelisstraße und daran anschließende massive Kritik an der Polizei durch Betroffene und Anwohner_innen brachte diese überhaupt dazu, den rechten Hintergrund der Täter_innen einzuräumen. Zuvor war immer nur die Rede von »Auseinandersetzungen zwischen zwei Gruppen«. Der Leiter der Landespolizeiinspektion,

Jürgen Loyen, schränkt die gewonnenen Erkenntnisse jedoch gleich wieder ein: »Alkohol, Emotionen und weitere subjektive Faktoren sowie auch ein politisch aufgeladenes Klima gegenüber der Polizei könnten durchaus dazu führen, dass die rechte Karte öfter gezogen wird als es der Realität entspricht« zitiert die Thüringer Allgemeine aus einem Interview mit ihm. Konsequenterweise nennt die Polizei »Frust«, anstatt Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, als Motiv für das Schreien rechter Parolen durch zwei Männer, denen nach Ladenschluss der Zutritt zu einem Döner-Imbiss verwehrt wird. Während Nazis prügeln, wird von Seiten der Polizei verharmlost, gelehrt und relativiert. Da verwundert es kaum, dass die Thüringer Landeszeitung am 9.11.2012 bereits zum wiederholten Male von Verbindungen zwischen Polizei und Nazis berichtet. Auch das ist Alltag in Erfurt.

Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen

Als Alibiveranstaltung lässt sich das Verhalten von Ordnungsbehörden, Verantwortlichen der Stadtpolitik und einem Großteil der Landtagsabgeordneten gut zusammenfassen. Denn während sie jede Gelegenheit nutzen ihre Namen und Gesichter unter dem Motto »gegen rechts ist logo« in den Medien zu präsentieren, lassen Taten zumeist auf sich warten. Da werden spontane Anmeldungen zu Nazikundgebungen erlaubt, die vorher in anderen Städten verboten wurden, Anmeldungen zu Nazikundgebungen aus Angst vor Gegenprotesten geheimgehalten und antifaschistische Proteste mit Auflagen schikaniert und von riesigen Polizeiaufgeboten begleitet.

Am 20. September versammelten sich alle Landtagsabgeordneten zu einer symbolischen Aktion gegen eine Nazikundgebung. Nur eine Handvoll ließ sich zwei Tage vorher auf einer Kundgebung von Flüchtlingen gegen rassistische Sondergesetze vor dem Landtag blicken.

Die jahrelange politische Strategie zur Aufwertung der Erfurter Innenstadt untergräbt ebenfalls die nach außen vertretene Vielfalt. Das Alkoholverbot, das nach einem von der Stadt verlorenem Rechtsstreit glücklicherweise wieder aufgehoben werden musste, spricht hier Bände. Alle, die sich den Genuss eines alkoholischen Getränkes in einer der überbezahlten Kneipen nicht leisten können, sollen dies am besten zu Hause oder am Stadtrand tun, nicht aber am Flussufer hinter der Krämerbrücke, dem Tourismusmagneten der Erfurter Innenstadt, wo sich schon seit 25 Jahren Punks treffen. Wer hier von wo und warum verdrängt werden soll, ist offensichtlich. Mittlerweile denkt die Stadt gemeinsam mit anderen Thüringer Kommunen darüber nach, wie ein Alkoholverbot auf Landesebene (wieder) eingeführt werden kann.

Die Forcierung von öffentlichkeitswirksamen Großprojekten wie ICE-City und BUGA, und die Sanierung von Wohnraum zugunsten eines gehobenen Standards tun das übrige dazu. Besserverdienende Bevölkerungsschichten nutzen dieses Angebot und setzen ihren Lebensstil nach außen sichtbar durch. Die Verdrängten müssen sich an die Stadtränder zurückziehen.

Auch die Gestaltung kulturellen Lebens wandelt sich aufgrund der veränderten Situation: Seit Anfang dieses Jahres gehen bei der Stadtverwaltung massenhaft Beschwerden und Klagen wegen verschiedener Veranstaltungen ein. Die daraufhin verschärften Auflagen führten bereits zur Absage erster kleinerer alternativer kostenloser Eintagesfestivals, die vorher ohne größere Schwierigkeiten stattfinden konnten. Auch an dieser Stelle wird das wenige Alternative verdrängt.

Alle genannten Vorgänge und Gegebenheiten wirken zusammen, verdichten und ergänzen sich. Schlagende Nazis sind nicht das einzige Problem. Polizeiübergriffe, rassistische Polizeikontrollen und städtische Vertreibungs- und Gentrifizierungspolitik machen das Leben besonders für Randgruppen schwer. Alternative, Linke oder Menschen mit Migrationshintergrund werden zunehmend an den gesellschaftlichen Rand gedrängt. Es ist kein Wunder, dass sich Nazis unter solchen Bedingungen wohlfühlen und den freigewordenen Raum ausfüllen.

Teure Werbekampagnen und folgenloses »Gesichtzeigen« können an diesen Zuständen nichts ändern. Es braucht eine starke antifaschistische Bewegung von unten, die sich alternative und linke Räume erkämpft, konsequent gegen Nazis vorgeht und für eine soziale und solidarische Gesellschaft eintritt. Die antifaschistische Demonstration am 13.10.2012 war hoffentlich ein Anfang auf diesem Weg. Die jetzt vorliegende Broschüre kann vielleicht einen Teil dazu beitragen.

HINTER DER GEWALT

Der Verharmlosung und Bagatellisierung entgegentreten

Die hier vorliegenden Berichte und Dokumentationen seitens der diversen Gruppen und/oder (Einzel-) Personen bestätigen unsere Wahrnehmungen und Beobachtungen in Bezug auf extrem rechte Aktivitäten und Übergriffe.

Die Chroniken von MOBIT, ezra und antifaschistischen Gruppen belegen die Kontinuität solcher Ereignisse und Vorfälle sowohl thüringenweit als auch in Erfurt. Die dort gesammelten Daten und die hier konkret benannten Übergriffe spiegeln treffend wider, dass es vor Ort in der Landeshauptstadt temporäre und lokale Angsträume gibt, die – wie in den Berichten bereits anklang – für einige Personenkreise gar als permanente Bedrohung erlebt werden. Es lässt sich dementsprechend momentan konstatieren: Diese mittlerweile alltägliche Dimension extrem rechter Gewalt, von der auch die Amadeu Antonio Stiftung in einem kürzlich erschienenen Report berichtet¹, scheint in Erfurt nicht bloß eine »Hochphase« zu sein, sondern stellt den aktuellen Normalzustand dar.

Die langjährige Gewöhnung an solch ein Ausmaß extrem rechter Aktivitäten erzeugt(e) dann durchaus auch ein »Wohlfühlklima« für Personen und Gruppen der extrem rechten

Szene vor Ort und animiert zur kontinuierlichen Fortsetzung in Form von Kundgebungen und Aufmärschen, Pöbeleien und Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffen.²

Leider zeigt sich bei diesen Vorkommnissen ein häufig wiederkehrendes Muster: Die Taten werden verharmlost, die Gefährlichkeit der Täter*innen wird negiert, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Tatmotive werden ignoriert.³ Diese Bagatellisierungen und die daraus resultierende fehlende politische Einordnung seitens der zuständigen staatlichen Behörden begegnen uns im Beratungsalltag und spiegeln eine geringe Sensibilität und ein mangelndes Bewusstsein auf dieser Ebene wider.

Diesem Zustand begegnet man hier und jetzt mit dem Versuch, die Öffentlichkeit zu erreichen, Betroffene zu Wort kommen zu lassen, die Taten, die Täter*innen und die Tathintergründe konkret zu benennen und der Verharmlosung, Bagatellisierung und Negierung extrem rechter Aktivitäten und Übergriffe entgegenzutreten.

Ob dies wiederum reflexhaft dazu führt, als sogenannter »Nestbeschmutzer« abgestempelt zu werden, bleibt mit Interesse zu beobachten.

Christian Rühl ist Mitarbeiter bei MOBIT, der Mobilen Beratung in Thüringen »Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus«

1 Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Das Kartell der Verharmloser: Wie deutsche Behörden systematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren, <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/kartell-internet.pdf>

2 Anzumerken ist an dieser Stelle, dass dies bei entsprechenden Gegenprotesten (paradoxerweise!?) oft einher geht mit einer angeblichen Gefährdung durch selbige und manches Mal in einer daraus resultierenden Kriminalisierung der Protestierenden mündet.

3 Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Das Kartell der Verharmloser: Wie deutsche Behörden systematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren, S.9 ff.

Erfurt 2012

Die Situation in Erfurt verschlechtert sich aus unserer Sicht. Für all Jene, die nicht zur deutschen Leitkultur passen (wollen), konstituieren sich hauptsächlich zwei Akteure der Gewalt:

Zum einen Nazis, die durch körperliches Attackieren, Beschimpfen oder schlicht durch Raumeinnehmen von Orten, an die man sich nicht mehr traut zu gehen, Gewalt ausüben. Zum anderen der Staat, mit seinem Repressionsapparat und seiner menschenverachtenden Gesetzgebung. Menschenwürde und -rechte sind vom richtigen Pass und dem ausreichenden Einkommen abhängig. Auf menschliche Bedürfnisse wird nur Rücksicht genommen, wenn diese der Verwertung des Kapitals folgen (können).

Verdrängung linker Soziokultur

Erfurt, als eine Touristen*innenstadt, legt besonderen Wert auf ein ansprechendes und möglichst weltoffenes Image. Durch Selbstbezeichnung als »Ort der Vielfalt« wird der Eindruck erweckt, hier sei für jede Art von Kultur Platz. Die Realität sieht anders aus.

Der Oberbürgermeister Andreas Bausewein ist ein besonders engagierter Verfechter kapitalistischer Ideologie. Unter ihm erfuhr die Erfurter Alternativszene zwei ihrer größten Rückschläge. Im April 2009 wurde das besetzte Haus Erfurt zerstört. Damit wurde nicht nur ein Täterort des NS-Regimes zerstört, der als ein »Schandfleck« von Erfurt galt, sondern man schaffte es auch die Szene ihres Raumes und ihrer öffentlichen Wahrnehmbarkeit zu berauben. Von nun an war es schwer

gesellschaftskritische Bildungsarbeit zu leisten und Freiräume zu schaffen. Jegliche Versuche von Neubestimmungen wurden nicht etwa von den Besitzer*innen der Objekte unterbunden, sondern Herr Bausewein sorgte dafür, dass jene die Räumungserklärung unterschreiben und verhinderte ein erneutes Zusammenfinden der Szene.

Auf der anderen Seite verdrängt die Verschärfung der Innenstadtverordnung von 2008 Menschen und Soziokultur aus der Innenstadt. Besonders widerlich tritt § 8 zu Tage, der Menschen verbietet, sich als Gruppe regelmäßig an den gleichen Orten zu treffen, um dort keine Passant*innen zu stören. Was damit gemeint ist, wird deutlich: Herumhängende stören im beschaulichen Stadtbild und machen das Einkaufen und Sightseeing weniger attraktiv. Das Recht auf die Nutzung öffentlicher Plätze haben somit nur Leute, die mit ihren Einkaufstüten vorbei kommen sowie zahlungskräftige Touris. Ebenso ist es verboten, auf Bänken und Stühlen zu nächtigen. Wer draußen schläft, muss das auf dem Boden tun. Und wer Mehrwegflaschen aus Müll-eimern angelt um sie abzugeben, begeht in Erfurt eine Ordnungswidrigkeit. Straßenkünstler*innen müssen nach spätestens 20 Minuten ihren Standort wechseln und werden dadurch oft ihrer Zielgruppe beraubt. Nach § 9 ist Lärmen verboten, wenn es Umstehende stört. Aus Lust und Laune darf keine Musik abgespielt werden. Unkommerzieller Spaß sorgt eben nicht für Profit.

Kommerzielle Massenaufgelage von der Stadt organisiert bzw. gefördert sind dagegen erwünscht. In diesem Falle hat die Musik und das laute Getümmel bis spät in die Nacht

niemanden zu stören. Das Alkoholtrinken in der Innenstadt außerhalb dieser Feste war bis vor kurzem verboten. Man fürchtete eine Störung der öffentlichen Ordnung. Beim Krämerbrückenfest & Co erscheinen diese Befürchtungen nicht relevant. Zur Anwendung kommt diese Verordnung nicht bei Tourist*innen, welche mit Sicherheit auch gegen einige Punkte verstoßen, sondern gegen Alternative, Punks, Migrant*innen, Obdachlose oder Jugendliche. Durch Verdrängung dieser Gruppen soll das Stadtbild »sauber« gehalten und jeder Anflug von sozialer Disharmonie unsichtbar gemacht werden. Die Zurückdrängung der linken Szene aus dem öffentlichen Raum führte dazu, dass sich Nazis ihn widerspruchslos aneignen konnten. Sie treten zunehmend offen und gewalttätig in der Stadt auf. Ihre Gesinnung müssen sie nicht verstecken. Solange die Bürger*innen sich nicht selbst von Nazis bedroht fühlen, interessiert sie deren menschenverachtende Gesinnung nicht. Mehr noch: Die bürgerliche Gesellschaft produziert Ausgrenzung durch Rassismus und Antisemitismus. Die Nazis sind bloß die Zuspitzung bürgerlicher Ideologie.

Zur Situation der Nazis in Erfurt

Strukturell sind die Nazis in Erfurt schwach aufgestellt. Nach unserer Einschätzung gibt es drei ernstzunehmende politische Gruppierungen: die Freien Kräfte Erfurt, Pro Erfurt und die NPD.

Die NPD hat in Erfurt an Bedeutung verloren. Innere Querelen und ausbleibende Wahlerfolge führten dazu, dass sich große Teile der örtlichen Naziszene von den einstigen

Hoffnungsträgern abwendeten. Die NPD trat das letzte mal im September 2012 durch Provokationen am Rande einer Flüchtlingsaktion und einer schlecht besuchten Kundgebung vor dem Thüringer Landtag in Erscheinung.

Pro Erfurt wurde durch den Ex-NPD-Kader Kai-Uwe Trinkaus ins Leben gerufen. Es wird versucht sich als patriotische, heimatliebende Alternative darzustellen. Die Bemühungen zur letzten Bürgermeister*inwahl einen Kandidaten aufzustellen, scheiterten mangels Unterschriften. Pro Erfurt klüngelt mit den Freien Kräften, indem Infrastruktur, Ressourcen und Hilfe bereitgestellt und gemeinsame Aktionen gestartet werden.

Die Freien Kräfte sind in Erfurt diejenigen Nazis, die durch Aktionen wie Demonstrationen, Kundgebungen und Flyerverteilen in Erscheinung treten. Nach dem Abwenden von der NPD ist eine zunehmende Gewaltbereitschaft und Radikalisierung dieses

Spektrums zu beobachten. Das Mobilisierungspotential ist jedoch recht begrenzt, sodass selbst für kleinere Auftritte bis ins Erzgebirge und den Burgenlandkreis mobilisiert werden muss. Das heißt aber nicht, dass es in Erfurt kein ernstzunehmendes Nazi-problem gäbe: Zu den Organisierten kommen noch all jene, die nicht an politischen Aktionen teilnehmen, aber gerne prügelnd auf die Straße ziehen. Der Prügelnachwuchs der Nazihooligans ist oft noch im Teenageralter. Nicht unerwähnt darf die Rolle des »Johnny Workers« bleiben. Die Kneipe in der Michaelisstraße ist ein beliebter Treff für Kameraden, der häufig als Ausgangspunkt für Übergriffe auf Andersdenkende dient.

Was tun?

Nach dem gehäuften Bekanntwerden der Naziüberfälle, hatte Erfurt ein Imageproblem, das schnell gelöst werden sollte. Man hatte schnell den »Lokalen Aktionsplan« in petto. Er soll für Personen und Gruppen, die

Projekte aller Art gegen »Rechtsextremismus« betreiben, Gelder bereitstellen. Eine weitgreifendere Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist somit qua finanzieller Mittel wegdelegiert worden. So schafft man es, um die schwierige Auseinandersetzung mit tatsächlichen gesellschaftlichen Problemen herum zu kommen und trotzdem den Anschein einer offenen, toleranten Stadt zu wahren.

Wir wollen keine Demokratie gegen ihre angeblichen Feinde, also Nazis verteidigen, und keine kapitalistische Ideologie schützen. Das Einzige, was wir logisch aus unserer Situation folgern, ist, dass für die Erhaltung und Erschließung linker Räume gekämpft werden muss. Wir müssen uns den öffentlichen Raum zurück nehmen. Freilich ist das keine besonders radikale Forderung, immerhin aber die Möglichkeit linke Subkultur zu leben, für emanzipatorische Bildung einzustehen, Räume zu schaffen, in denen sich jede*r frei bewegen kann und Leute zu sensibilisieren.

Die AG17 ist eine Antifagruppe aus Erfurt. Sie sieht die Ursachen für Rassismus und Antisemitismus (und andere widerliche Ismen) in der kapitalistischen Vergesellschaftung, ihrer Ordnung und ihrer bürgerlichen Ideologie. Aus diesem Grund versucht sie, die komplizierte Wirklichkeit zu analysieren und gesamtgesellschaftliche Verhältnisse zu kritisieren.

Braune Vielfalt

Erfurt sei eine Stadt der Vielfalt, das verkündet die Landeshauptstadt, wenn wieder einmal eine Diskussion um rechte Gewalt und Neonazi-Aktivitäten entflammt. Ganz falsch ist das nicht. Denn vielfältig sind die Aktionen von Nazis und RassistInnen tatsächlich.

Mehr als 70 neonazistische, rassistische und extrem rechte Aktivitäten hat die »antifaschistische Koordination erfurt [ake]« in ihrer Chronik für den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2010 und Ende September 2012 gezählt. Unter anderem 16 Aufmärsche, Kundgebungen oder Versammlungen von NPD, »Pro Erfurt« oder neonazistischen »Kameradschaften«, mindestens 15 Veranstaltungen, Vorträge oder öffentliche andere Versammlungen sowie mindestens 31 gewalttätige Übergriffe und Attacken, Störungen, Drohungen, Sachbeschädigungen und Hakenkreuz-Schmierereien. Nahezu täglich kommen weitere Vorfälle hinzu. Zahlreiche weitere Taten werden gar nicht erst angezeigt und andere Aktivitäten schaffen es nie in die Berichte von Lokalzeitungen, die Internet-Blogs oder die Chroniken von »Mobit«, »ezra« oder der »ake«, weil sie nie ge- und erzählt werden.

Rechte Gewalt, rassistische Beleidigungen, Nazi-Aufkleber, öffentliche Auftritte von NPD und »Kameradschaften«, das Rufen von Nazi-Parolen und das laute Abspielen von Rechtsrock sind seit Jahren an der Tagesordnung – sie sind Normalität. Daran haben sich in der Stadt über die Jahre viele Menschen gewöhnt. Breitere öffentliche Empörung gab es höchstens dann, wenn – wie am 1. Mai 2007 und 2010 – die NPD größere Aufmärsche in der Stadt ankündigte.

Erst als am 13. Juli 2012 eine Gruppe von Neonazis BesucherInnen des Erfurter »Kunsthause« überfielen und zum Teil schwer verletzten, änderte sich die öffentliche Wahrnehmung. Die Polizei hatte den erkennbaren neonazistischen Hintergrund des Überfalls verschwiegen. In einer ersten Pressemitteilung, die so auch von der Lokalpresse übernommen wurde, fand sich kein Hinweis auf den politischen Charakter der Tat. »(A)us bisher nicht bekannten Gründen« sei es zu dem Angriff gekommen, hieß es. Auch auf Nachfrage der »Thüringer Allgemeinen« sagte die Polizei, sie gehe nicht von einer Verbindung in die rechte Szene aus. Doch das Verschweigen des Hintergrundes klappte diesmal nicht. Mit einer eigenen Pressemitteilung und Veröffentlichungen im Internet machte das »Kunsthaus« auf die wirklichen Umstände aufmerksam. Und ihnen wurde, anders als anderen Opfern rechter Gewalt, nun von den Medien, der Öffentlichkeit und der Politik Gehör geschenkt. Das mediale Echo ging weit über Thüringen hinaus.

Unter dem Eindruck der bundesweiten Kritik wird nun auch in den öffentlichen Polizeiberichten auf mögliche neonazistische oder rechte Hintergründe bei Schlägereien, Sachbeschädigungen oder anderen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten hingewiesen. Auch die Presse berichtet jetzt verstärkt. Dadurch entsteht der Eindruck, es gebe eine Steigerung rechter Aktivitäten. Doch soll hier den Aussagen des Erfurter Polizeichefs Hans-Peter Goltz (»Thüringer Allgemeine«, 22.09.2012) ausdrücklich zugestimmt werden: Nein, eine drastische Zunahme rechter Aktivitäten und Straftaten gibt es in Erfurt in den letzten Monaten nicht. Die

gehäuften Berichte sind einzig darauf zurückzuführen, dass die Polizei nun Hintergründe nennt. Dadurch ist mittlerweile sogar bei Teilen der CDU das Problembewusstsein geschärft worden. Mit einer Anfrage an den Oberbürgermeister erkundigte sich der Stadtrat Thomas Hutt, ob Erfurt ein »Problem mit rechter Gewalt« habe. Doch dessen Antwort lässt einen ratlos zurück: »Ob und inwieweit wir von einem »Problem mit rechter Gewalt« sprechen können, lässt sich nicht pauschal mit ja oder nein beantworten«, sagte Oberbürgermeister Andreas Bausewein. Und auf die Frage, »auf welchen Vorkommnissen und Erkenntnissen« sich die Einschätzung, Erfurt habe ein Problem mit rechter Gewalt, stütze, antwortet er gar nicht. Stattdessen lässt er die potentiellen Opfer rechter Gewalt wissen: »Leider ist es keiner Stadtverwaltung möglich, die Sicherheit aller Bürger einer Stadt zu gewährleisten.« Neben symbolischen Aktionen (»Gesicht zeigen« oder »Gegen Rechts ist Logo«) könne die Stadt nicht viel tun, stattdessen müsse »die bürgerliche Mitte« erreicht und ermutigt werden, »sich (...) öffentlich zu bekennen«. Der Appell an die »Anständigen« in der Gesellschaft verdeckt aber, dass auch die »Zuständigen« Handlungskompetenzen haben – sie müssen sie nur wahrnehmen. Gerade in Thüringen gibt es in den letzten Jahren Beispiele dafür – egal wie kritisch man sie im Konkreten bewertet! – dass Verwaltungen und Oberbürgermeister (z.B. in Gera, Jena, Weimar) offensiv gegen Nazi-Aufmärsche vorgehen können – sei es auf dem Wege repressiver Auslegung des Versammlungsrechts, sei es durch den Aufruf zu und die Teilnahme an Aktionen des zivilen Ungehorsams. Statt dessen zeigte sich in Erfurt

immer wieder, dass den Einsatzkräften der Thüringer Polizei (»Beweissicherungs- und Festnahmeinheit«) beim Umgang mit Versammlungen – und dafür ist die Stadt zuständig – offenbar freie Hand gegeben wird, um Protest von Nazi-Veranstaltungen fernzuhalten. Erst am 29. September 2012 wurde diese Strategie wieder deutlich. Alle, die »links« oder »alternativ« aussahen, wurden zeitweilig gar nicht oder erst nach intensiven Personalienfeststellungen und entwürdigenden Durchsuchungen in die Nähe des Aufmarschs der Nazis gelassen. Zudem versuchten BeamteInnen zu verhindern, dass ein Transparent mit dem »Schwur von Buchenwald« auf dem Bahnhofsvorplatz gezeigt werden konnte. Später verbot die Polizei, das Transparent an den Rand der Aufmarschstrecke zu bringen. Zahlreiche Menschen wurden durch diese überzogenen, und für viele auch angsteinflößenden Maßnahmen vom Protest gegen Rechts abgeschreckt. Die Polizei sorgte außerdem mit großräumigen Absperrungen der Brücken über den Flutgraben, dass die Nazis ungestört marschieren konnten.

Doch tatenlos blieb die Stadt nicht. So gab es durchaus symbolische (Plakat-)Aktionen, MitarbeiterInnen der Verwaltung wurden geschult und ein mit Fördergeld ausgestatteter »Lokaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus der Stadt Erfurt – Zur Stärkung der Vielfalt, Toleranz und Demokratie« eingerichtet – alles nicht falsch. Eine tatsächliche Ermunterung der Gesellschaft, sich gegen

Rechts zu engagieren, sähe jedoch anders aus. Und wenn der Staat am Rande von Nazi-Aufmärschen demokratie- und protestfreie Zonen errichtet, haben die Nazis ein erstes Ziel erreicht.

Wir fürchten, dass Erfurt zum Aufmarsch-Paradies für Nazis wird. Dass ihnen hier kaum Steine in den Weg gelegt werden, hat die Szene begriffen. Ausdrücklich betonte die »Aktionsgruppe Weimarer Land«, dass ihre Kundgebung am 1. Mai 2012 auf dem Erfurter Bahnhofsvorplatz »ohne Probleme von der Versammlungsbehörde genehmigt wurde.« Nachdem in Weimar der Oberbürgermeister einen Aufmarsch vor Ort untersagt hatte, da es dem Veranstalter nicht möglich war, genug geeignete OrdnerInnen zu stellen, zeigten sich die Nazis erstaunt, dass »die gleichen Ordner, die in Weimar abgelehnt wurden« in Erfurt »überprüft und angenommen wurden«.

Während die NPD in Erfurt, trotz eines Sitzes im Stadtrat, keine wichtige Rolle spielt, hat sich hier eine Szene aus aktionsorientierten Nazis aus dem Spektrum der »Kameradschaften« bzw. »Autonomen Nationalisten«, dem Verein »Pro Erfurt« um den früheren Erfurter NPD-Vorsitzenden Kai-Uwe Trinkaus (Friedersdorf) und aggressiven Nazi-Hools entwickelt. Trinkaus hatte 2007 begonnen, mit provokativen Aktionen die damalige NPD und Vereine, die er gegründet oder unterwandert hatte, in die Öffentlichkeit zu bringen. Seine Aktionen waren immer

auch darauf ausgerichtet, linke und antifaschistische Strukturen und Aktive zu beschädigen. Doch rechtzeitig vor den Wahlen 2009 sorgte er für eine Spaltung in der NPD. Er dürfte so Anteil am Scheitern an der 5 %-Hürde gehabt haben. Sein Verein »Pro Erfurt« trat erst 2011 zur Oberbürgermeisterwahl wieder in Aktion. Verurteilte Schläger, SS-Freunde und langjährig politisch Gescheiterte finden hier unter dem Vorsitz von Christoph Pilch zusammen. Mehrere Vorstandsmitglieder sind immer wieder gemeinsam mit Nazis vom »Aktionsbündnis Erfurt« bzw. der »Aktionsgruppe Erfurt« sowie der »Aktionsgruppe Weimarer Land« um Michel Fischer (Tannroda) auf Aufmärschen zu sehen und übernehmen dort organisatorische Aufgaben.

Ein Rückblick auf das Superwahljahr 2009 kombiniert mit dem Blick nach vorn auf das Kommunal- und Landtagswahljahr 2014 macht klar, was in den nächsten Monaten von dieser Melange aus »Pro Erfurt«, aggressiv auftretenden »Autonomen Nationalisten« und gewalttätigen Nazi-Hools zu erwarten ist. Die Stadt wird mit Mini-Aufmärschen, Einschüchterungen, Schlägereien, Verteil-Aktionen von Materialien und politischen Provokationen überzogen werden. AntifaschistInnen und DemokratInnen sollten sich rechtzeitig darauf einstellen. Aktive Unterstützung durch die Stadt und ihre Spitze sowie breitere gesellschaftliche Schichten ist offenbar derzeit nicht zu erwarten.

Die »antifaschistische koordination erfurt« [ake] engagiert sich seit 2007 in Erfurt gegen Nazis, die extreme Rechte, Antisemitismus und Rassismus.

Polizeihandeln nach rechtsmotivierten und rassistischen Angriffen

Polizeiliches Fehlverhalten ist kein Alleinstellungsmerkmal für Erfurt. Doch die Erfurter Ereignisse der letzten Wochen und Monate und der Umgang damit seitens der Polizei machen deutlich, dass es Handlungsbedarfe gibt.

Die Mitarbeitenden von ezra haben seit dem 1.4.2011 – mit Beginn ihrer Beratungstätigkeit – 16 Fälle polizeilichen Fehlverhaltens registriert. Allein 7 Fälle sind uns aus Erfurt bekannt geworden.

Ein Fall aus Erfurt kann nicht vorgestellt werden, weil die Betroffenen nicht unbegründet Angst haben, diesen in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie befürchten, dass dann zu ihrer Anzeige gegen rechte Schläger nicht mit der notwendigen Sorgfalt ermittelt wird.

Ein Fall hat nichts direkt mit rechter Gewalt zu tun und ist uns durch eine Arbeitskollegin bekannt geworden. Deren Bruder wurde auf der Straße angehalten und es wurde von den Polizisten behauptet, dass das Fahrrad, mit dem er unterwegs war, gestohlen sei. Er ist Punk und wurde vermutlich deshalb kontrolliert und des Fahrraddiebstahls verdächtigt.

Das Fahrrad hatte er von seiner Schwester geliehen und es war natürlich nicht als gestohlen gemeldet.

Ein anderer Fall betrifft eine Zeugin, die antisemitische Sprüche und Lieder, die von einer Gruppe Rot-Weiß-Erfurt-Fans im Zug gegrölt wurden, zur Anzeige gebracht hat. In der polizeilichen Vernehmung wurde ihr indirekt seitens des aufnehmenden Beamten signalisiert, sie müsse die Anzeige nicht unbedingt machen. Die Täter hätten es sicher nicht so gemeint, manche Fußballgesänge wären eben missverständlich. Außerdem soll sie bedenken, falls sie auf ihrer Anzeige besteht, dass sie damit an die Öffentlichkeit geht.

Ezra kann natürlich nur Fälle registrieren, wenn sie durch Betroffene und Zeug_innen berichtet werden. Vieles erfahren wir nicht. Die Dunkelziffer besonders bei Migrant_innen ist hoch.

Wir gehen davon aus, dass die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt, die eine Anzeige erstatten, von der Polizei über unser Beratungsangebot informiert werden und dass die ermittelnden Beamt_innen ezra über solche Fälle in Kenntnis

setzen. Voriges Jahr im Frühjahr ist es das erste Mal geschehen, dass eine Polizeidirektion solch einen Fall an die Opferberatung gemeldet hat. Ein weiterer Fall wurde dann im Herbst gemeldet. Beide Informationen stammen vom Staatsschutz Gotha. Alle anderen Polizeidirektionen haben nichts gemeldet.

Wenn die Mitarbeitenden von ezra in ihrer Recherche auf Fälle stoßen, die einen rechten bzw. rassistischen Hintergrund vermuten lassen und dann in den betreffenden Polizeidienststellen nachfragen, stoßen wir manchmal auf massives Misstrauen und wenig Auskunftsbereitschaft.

Ezra will und kann die Polizei nicht pauschal kritisieren. In der Beratungsarbeit berichten Betroffene immer wieder – und in den letzten Wochen zunehmend – von Beamt_innen, die sich korrekt und vorurteilsfrei gegenüber Betroffenen und Zeug_innen verhalten. Diese offene, sachgemäße, sensible und kompetente Haltung seitens der Beamt_innen wird als enorm hilfreich erlebt. Es stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat und hilft bei der Überwindung der psychischen Folgen eines Angriffs.

Jürgen Wollmann ist Projektkoordinator bei ezra, der mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen

Die Gewalt und ihre Grenzen

Gewalt, Sadismus, Bandenwesen und Willkür der Stärkeren sind nicht das ganz Andere zum Rechtsstaat, gegen das Recht und Gesetz einfach regulativ in Stellung zu bringen sind. Dass dies so scheinen kann, liegt daran, dass diese Phänomene an Orten stattfinden, die oftmals kaum sichtbar sind. Jede Rechtsstaatlichkeit und die dazugehörige Zurichtung der Individuen zu Rechtssubjekten basiert auf Gewalt¹ – eine Banalität, die nicht ausgesprochen werden müsste, wenn es nicht so große Unterschiede in der Art und Weise geben würde, wie Menschen aufgrund unterschiedlicher Stellungen in der Gesellschaft von dieser Gewalt betroffen sind. Denn die Tatsache, dass die Zurücknahme unmittelbarer Gewalt in die Vermittlung der Institutionen nicht ohne eine gewisse alltägliche Konformität zu haben ist, macht die andere Tatsache unsichtbar, dass es keine Gewaltpotenz geben kann, ohne dass diese immer wieder umschlägt in ihren tatsächlichen Vollzug. So wie die Gewalt unsichtbar wird, wenn eine Institution auf ihrer bloßen Möglichkeit basiert², so muss sie doch an irgend einer Stelle des Institutionengefüges wieder ausbrechen und kann in der Vermittlung nicht ganz verschwinden. Es ist nur eine Ebene dieses Problems angesprochen, wenn man darauf verweist, dass beispielsweise die Polizei auf Subjekte angewiesen ist, welche die Fähigkeit zur Gewaltanwendung erlernen müssen – Subjekte, für die der Vollzug von Gewalt und ihre Einübung sowie Routinierung zu ihrem Berufsalltag

gehören und die nicht funktionieren können, ohne eine gewisse Abhärtung und eine programmatische Empathielosigkeit gegenüber den Objekten dieser Gewalt. Das Polizeiwesen setzt eine Charakterdisposition voraus, der Mitgefühl und das Bewusstsein für die Grenzen des Gegenübers tendenziell verloren gehen müssen. Der Möglichkeit der eingeübten Gewaltanwendung sind nun freilich institutionelle Grenzen gesetzt – ihre Systematik wäre nicht möglich, ohne ein genau definiertes Regelwerk, das festlegt in welchem Maß und in welchen Fällen Gewalt angewendet werden muss. Wäre die institutionalisierte Gewalt nicht in solche Grenzen gebannt, würde sie die Rechtsstaatlichkeit, die auf dieser Gewalt beruht, selbst gefährden und sich auflösen in miteinander konkurrierende Rackets³. Doch eine solche Begrenzung der Gewalt ist nie ganz möglich – schon aus dem Grund, dass Gewalt per se eine Grenzüberschreitung ist. Sie würde ihre regulative Funktion nicht erfüllen können, wenn sie ihrem Objekt nicht real mit dem Grenzverlust drohen würde. So wie es keine Gewalt ohne Grenzüberschreitung gibt, so ist die institutionell organisierte Potenz von Gewalt nicht zu haben ohne einen Graubereich, in dem die Gewalt das Regelsystem verlässt und von der geregelten Potenz in den entregelten Vollzug übergeht – und dies nicht erst im Ausnahmezustand. Gewalt ist nie gänzlich zu kontrollieren. Dies bekommen vor allem Menschen zu spüren, die aus unterschiedlichen Gründen kaum in der Lage sind,

ihre gesetzlich verbrieften Rechte, welche jene Begrenzung der Gewalt garantieren, geltend zu machen. Wenden wir unseren Blick von der weltoffenen Landeshauptstadt auf die nachbarlich gelegene Kulturstadt Weimar. Die folgende Geschichte aus Weimar handelt von einer solchen Grauzone, in der die eingeübte Gewalt der Polizei sich ungehemmt ausleben konnte.

weiter auf der nächsten Seite

- 1 Im Gegensatz zu heutigen bürgerlichen Soziologen hat Max Weber den Staat sehr klar-sichtig definiert als »diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebiets [...] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht.« Er kehrt dabei insbesondere die Rolle des Mittels der physischen Gewalt heraus: »Wenn nur soziale Gebilde beständen, denen die Gewaltsamkeit als Mittel unbekannt wäre, würde der Begriff ‚Staat‘ fortgefallen sein; dann wäre eingetreten, was man in diesem besonderen Sinn des Wortes als ‚Anarchie‘ bezeichnen würde.« Zitate aus: Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 2009, S. 822.
- 2 im Bezug auf den Staatssouverän ist dies nach Carl Schmitt die Fähigkeit, über den Ausnahmezustand entscheiden zu können
- 3 Racket bezeichnet einen bewaffneten, banden-mäßig und illegal organisierten Zusammenhang, der das Monopol des Staates auf Gewaltanwendung durch seine (oft auch wirtschaftliche) Praxis infrage stellt, jedoch selbst quasi-staatlich funktioniert und autoritär strukturiert ist.

Die Geschichte vom Feuerteufel von Weimar

Die Geschichte hat eine Vorgeschichte. Seit vielen Jahren gehört es zu einem ungelösten Problem der Stadtverwaltung und der Polizei, dass immer wieder Papiercontainer an unterschiedlichen Stellen der Stadt in den Nachtstunden in Flammen aufgehen. Die Anzahl der Containerbrände ist dabei so hoch, dass es sich dabei weniger um das Hobby einer kleinen Personengruppe handeln kann, als vielleicht viel mehr um eine allgemeine, milieuübergreifende Trendsportart betrunkenen Leute auf dem Weg nach Hause. Dabei ist Weimar nicht die einzige Stadt, die ein Problem mit einem solchen Phänomen hat – wenn man das Stichwort »Feuerteufel« und »Thüringen« bei Google eingibt, stößt man auf zahllose Lokalzeitungs-Berichte aus den abgelegensten Kaffern, in denen von Papiercontainerbränden berichtet wird. Das Stichwort »Feuerteufel« spielt auch eine wichtige Rolle für unsere Vorgeschichte: Mitte 2006 hatte die Weimarer Polizei offensichtlich Druck von oben bekommen, endlich die kostenintensiven Containerbrände aufzuklären und weitere zu verhindern. Die ließ sich nicht lange bitten und präsentierte der Öffentlichkeit einen 19-jährigen Punk, der für einen Großteil der Brände verantwortlich gewesen sein soll. Dieser wurde seit Mai 2006 die Polizei nicht mehr los – von da an verging kein Monat, in dem er nicht mehrmals von der Polizei aufgegriffen und diverser Brandlegungen beschuldigt wurde (neben den Containern kam dann auch noch die Brandstiftung an einem Kleinwagen hinzu, für die er verantwortlich gewesen sein soll). Zu allem Unglück war der Beschuldigte dann auch noch die einzige Person, die bei einem Brand in der Gerberstraße 1, dem soziokulturellen Zentrum in Weimar, anwesend gewesen ist. Ungeachtet dessen,

dass er, der in der Gerber übernachtet hatte, bei dem Brand fast selber verbrannt wäre, wurde er nun auch noch beschuldigt, mutwillig sein eigenes Domizil angezündet zu haben. Als dann im August 2006 wieder einmal mehrere Container in Flammen aufgegangen waren, machte die Polizei kurzen Prozess, drang in den frühen Morgenstunden in seine Wohnung ein, holte ihn aus dem Bett und führte ihn einem Amtsrichter vor, der kurzerhand Untersuchungshaft anordnete⁴. Auch wenn die Polizei bei den nunmehr 70 Containerbränden nach eigenen Angaben von mehreren Tätergruppen ausging, sollte nun offensichtlich ein Exempel an dem jungen Punk statuiert werden. Die Lokalpresse nahm dies dankbar auf und berichtete, dass endlich der »Feuerteufel von Weimar« ergriffen worden sei. Nach einem halben Jahr U-Haft, währenddessen die Container in Weimar munter weiter fackelten, fand dann der Gerichtsprozess statt, bei welchem bei einer fragwürdigen Beweislage dem Beschuldigten konkret fünf Brandstiftungen vorgeworfen wurden. Wegen einem Containerbrand, den der Beschuldigte auf Anraten seines Anwalts zugab, um sich ein geringeres Strafmaß zu ertauschen, wurde er schließlich zu Arbeitsstunden und auf Bewährung verurteilt. Zu den absurden Bewährungsauflagen gehörte unter anderem, dass der Beschuldigte ein Jahr lang die Gerberstraße nicht betreten durfte – Resozialisierungskonzept: Isolierung vom eigenen sozialen Umfeld.

Das Konzept »Feuerteufel« funktioniert

Offensichtlich war die Strategie der Polizei politisch aufgegangen, sich auf einzelne Jugendliche zu konzentrieren, bei denen Stress mit den Eltern, Probleme in der Schule oder der Berufsausbildung auf ein geringes soziales Kapital verweisen. Denn

ähnliche Vorfälle haben sich in Weimar seitdem mehrfach wiederholt, betroffen waren oft junge Punks. Die Geschichte mit dem »Feuerteufel von Weimar« hatte der Polizei aber offensichtlich so gut gefallen, dass sie gleich wusste, bei wem sie vorbeischauchen musste, als in der Nacht vom 06. auf den 07. Dezember 2009 (dem Jahrestag der Ermordung von Alexandros Grigoropoulos in Athen) in der Cranachstraße fünf Autos ausbrannten. Der Vorfall hatte bundesweit für Schlagzeilen gesorgt und selbst der Berliner Innensenator Ehrhart Körting hatte sich dazu geäußert, sodass es sich die Polizei offensichtlich nicht leisten konnte, auf mögliche Ermittlungsergebnisse zu warten.⁵ Weil es einmal geklappt hat und weil die Razzia der Gerberstraße am Tag nach den Autobränden keine brauchbaren Ergebnisse gebracht hatte, hat die Polizei am nächsten Tag bei dem »Feuerteufel von Weimar« geklopft und ihn, seine schwangere Freundin, seinen Mitbewohner sowie zahlreiche vermeintliche Beweisgegenstände mitgenommen.⁶ Diesmal war der Haftrichter jedoch nicht unmittelbar zu überzeugen, sodass die drei am nächsten Morgen aus der Polizeiinspektion entlassen werden mussten. Die Ermittlungen konzentrierten sich jedoch nun auf die drei Punks, gegen die der Gerichtsprozess vorbereitet wurde. Noch bevor es dazu kam, haben sich zwei der Beschuldigten – der »Feuerteufel« und seine Freundin – wenige Monate später, am Ostersonntag 2010, das Leben genommen. Der Prozess gegen den übrig gebliebenen Punk wurde nach etwas mehr als einem halben Jahr schließlich aufgrund fehlender Beweise eingestellt, ohne dass die Lokalpresse davon Notiz genommen hätte, während sie am Ostermontag den Selbstmord der beiden noch mit dem Fall des »Feuerteufels« in Verbindung gebracht hatte⁷. Es spielen zu viele weitere Faktoren mit hin-

ein – Aufenthalte in Psychiatrie und Entzugsklinik, eine gescheiterte Ausbildung und fehlende Perspektiven, persönliche Probleme und Konflikte, der für viele von uns extrem aufreibende interne Konflikt in der Gerberstraße, etc. –, als dass sich einfach sagen ließe, dass die Bullen für diesen Selbstmord verantwortlich gewesen sind. Dass sie einen Anteil daran gehabt haben, den beiden das Leben zu vermiesen, ist jedoch kaum von der Hand zu weisen. Die letzten Jahre im Leben des »Feuerteufels« waren schließlich extrem von der permanenten Präsenz der Bullen geprägt, der andauernde Druck durch die Ermittlungs- und Gerichtsprozesse hat sicher zur Verzweiflung und dem Schein der Auswegslosigkeit in dieser Situation beigetragen.

Die Geschichte setzt sich fort

Dass die Weimarer Polizei den Selbstmord der beiden sehr wohl explizit mit ihren eigenen Handlungen in Verbindung bringt, das ist der Beginn der eigentlichen Geschichte. In der Zeit danach gab es immer wieder Fälle, in denen junge Punks in Weimar Stress mit der Polizei hatten und dabei einzelne Polizisten höhnisch auf den Selbstmord der beiden angespielt haben. »Na, was ist denn mit F. und A. passiert?«, »Mach lieber was wir dir sagen, sonst ergeht es dir noch wie F. und A.« sind immer wieder Sprüche, die in ähnlichen Variationen bei der Personalienkontrolle oder auf der Polizeiwache zu hören waren. So auch in der Nacht vom 19. zum 20. April diesen Jahres (2012), als willkürlich vier Punks auf ihrem Nachhauseweg von einem ganzen Aufgebot an Polizisten⁸ angehalten und zunächst ohne Angabe von Gründen auf die Wache gebracht wurden. Die Weimarer Polizei hat sich für ihre rigide Praxis in den letzten Jahren niemals rechtfertigen müssen, sodass sie ihr

Vorgehen offensichtlich als gangbaren Weg und erfolgreich eingestuft hat und anschließend dazu übergegangen ist, die Grenzen der Gewaltanwendung in eigenem Engagement auszutesten. Die vier Personen, darunter ein Mädchen mit migrantischer Herkunft, wurden auf der Polizeiinspektion zunächst in Einzelzellen gebracht. Zwei von ihnen, darunter das Mädchen, mussten sich kurz darauf vollständig entkleiden, als sich das Mädchen weigerte, wurden ihr mit Gewalt Kleidung und Körperschmuck abgenommen. Dann legten die Beamten so richtig los. Zwei der Punks wurden bespuckt, geschlagen und an den Haaren gezerrt, alle vier waren krassen Beschimpfungen ausgesetzt. So musste sich das Mädchen beispielsweise Sprüche anhören, dass es ihr als »Ausländer« in diesem Land doch viel zu gut ginge und man ihr deshalb jetzt mal zeige, was man mit ihr in ihrem Land anstellen würde. Gesagt getan: Die Gewalt konzentrierte sich nun auf das Mädchen. Völlig willkürlich wurden ihr andauernd Handschellen angelegt und wieder abgenommen, sie hat trotz expliziter Forderungen über zehn Stunden kein Wasser bekommen, ihr wurde keine Möglichkeit zum Schlafen gegeben, sie wurde immer wieder ins Gesicht geschlagen. Schließlich wurden ihr die Arme auf dem Rücken gefesselt, sie wurde von einem Bullen minutenlang durch die Zelle geschleift, mehrere Beamte haben auf das am Boden liegende Mädchen eingetreten.

Gegen 10:00 Uhr morgens wurden die vier schließlich einzeln verhört. Nun wurde ihnen zum ersten mal gesagt, was überhaupt der Grund für ihre Festnahme sei: Diverse Sachbeschädigungen, schwerer Eingriff in den Straßenverkehr, Graffiti-Schmierereien – offensichtlich die ganze Palette aller möglichen nächtlichen Delikte in einer Kleinstadt. Nachdem alle vier die Aussage

verweigerten, wurden sie auf freien Fuß gesetzt. Das Mädchen musste daraufhin sofort ins Krankenhaus gebracht werden, ihr Arm war von oben bis unten mit Schürfwunden versehen. Die vier Punks waren in der Zeit danach zunächst derart traumatisiert, dass sie vorerst kaum über ihr näheres Umfeld hinaus über diese Vorfälle gesprochen haben. Aus Angst vor erneuter Repression, trauten sie sich vorerst nicht Anzeige gegen die Polizei zu erstatten. Bis auf einen kleinen Artikel bei Indymedia-Linksunten⁹, der aus dem näheren Umfeld der Betroffenen stammt, wurde dieser Vorfall nicht öffentlich thematisiert. Seitdem ist in Weimar auch sonst nichts geschehen (sicherlich auch ein Anzeichen für eine zusammengebrochene Szene). Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die beteiligten Polizisten vor Gericht verantworten werden müssen.

weiter auf der nächsten Seite

4 Vgl. die Nachrichten von Radio Lotte: <http://www.radio-lotte.de/nachricht/6385>

5 Hinzu kam sicherlich auch der Druck, der auf den Ermittlungsbehörden lastete, weil wenige Monate zuvor eine erhebliche Masse von politisch motivierten Brandstiftungen nicht aufgeklärt werden konnte: Am 16.04.2009, dem Tag der Räumung des Besetzten Hauses in Erfurt, hatten in Weimar über 40 Wertstoffcontainer gebrannt – im Gegensatz zu den vorherigen Containerbränden, diesmal eindeutig mit einem politischen Bezug. Vgl. <http://de.indymedia.org/2009/04/247384.shtml>

6 Siehe auch die Dokumentation der Soli-Gruppe, die sich im Zuge dieser Ereignisse gebildet hatte: <http://weimarimdezember.blogspot.de>

7 Siehe Kommentar in der TA vom 06.04.2012: »Und sie [die beiden jungen Leute] standen zudem jener Szene nahe, der man die Brandanschläge auf Container und Pkw in Weimar zuschreibt. Der junge Mann war auch bereits mehrerer Brandstiftungen überführt worden.« Diese Meldung war dahingehend falsch, als dass er vor Gericht nur für eine Brandstiftung verurteilt wurde.

8 Berichtet wurde von einem Sixpack, einem Streifenwagen und einem Zivilfahrzeug.

9 <https://linksunten.indymedia.org/de/node/59727>

Nicht nur in Weimar

Eine Praxis der Polizei in einer thüringischen Kleinstadt, die sich bei Ermittlungsdruck gegen Menschen am Rand der Gesellschaft richtet, hat sich scheinbar in eine sadistische Lust an Gewalt gewandelt, die die Bullen so lange weiter ausüben werden, solange das Geschehene unsichtbar bleibt, ähnliche Gewalterfahrungen nicht kommuniziert werden und keine wirksame Gegenwehr organisiert wird. Alles Einzelfälle? Schauen wir zurück in die Landeshauptstadt: Am 26.07. diesen Jahres sind 12 Polizisten gewaltsam in eine Privatwohnung eingedrungen, in der sie offensichtlich eine WG-Party beenden wollten. Den Betroffenen wurde dabei überhaupt keine Chance gegeben, auf irgendwelche Vorwürfe einzugehen – kurz nachdem die Bullen die Tür eingetreten haben, haben sie ziellos auf die Menschen eingetreten, welche sich in der Wohnung aufhielten. Mehrere Personen wurden mit Handschellen gefesselt, eine Person berichtet, dass sich zwei Polizisten auf ihn gesetzt haben und ein dritter ihn immer wieder auf den Hinterkopf geschlagen hat. Nachdem alle Personen aus der Wohnung gebracht worden waren, hat die Polizei – sicherlich ein notwendiger Ermittlungsschritt im Falle einer möglichen Ruhestörung – die gesamte Wohnung durchsucht und abfotografiert. Auf nähere Nachfrage bekam ein Betroffener die Antwort: »Halt die Fresse, du bist eh zu arm, um dir ein Gesetzbuch zu kaufen. Guck mal wie du aussiehst.« Die Herausgabe von Dienstnummern oder Namen der Beamten wurde natürlich verweigert, schließlich haben alle, bis auf eine Person, einen Platzverweis für die Wohnung und die Umgebung erhalten. Für eine Person bedeutete dies, dass sie

ihre eigene Wohnung nicht mehr betreten konnte. Eine Person wurde in Gewahrsam genommen und auf die Frage, was mit dieser Person geschehen werde, kam die aggressive Antwort: »Kannst froh sein, wenn du ihn wieder siehst.«¹⁰

Wer meint, dass auch dies ein Einzelfall und das provinzielle Erfurt kein gutes Beispiel für die Normalität von Polizeigewalt sei, der möge seinen Blick auf Berlin richten: Nach der Besetzung der nigerianischen Botschaft am 15. Oktober 2012, welche ein Zeichen gegen die Abschiebep Praxis der deutschen Behörden setzen sollte, wurden 25 Personen in Gewahrsam genommen. Die meisten der Verhafteten haben danach von extremen Misshandlungen berichtet: Schläge, Tritte, Fixierung durch mehrere Beamte, die sich auf den Körper eines Betroffenen gesetzt haben, Morddrohungen, Demütigungen, rassistische Beleidigungen, einer Person wurde kaltes Wasser über den Kopf gegossen.¹¹ In einer Radio-sendung, in der über diese Vorfälle berichtet wurde, sagte ein Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten, dass solche Vorfälle normales Verwaltungshandeln in der Bundesrepublik seien, vor allem bei beschwerdeschwachen Bevölkerungsgruppen: »Sobald Kontrolle durch die Öffentlichkeit, durch vernünftig oder menschenfreundlich und normal denkende Vorgesetzte fehlt, geht's los! Was die Betroffenen in Berlin erzählt haben, ist Normalität.«¹²

... wenn wir uns organisieren?

In Erfurt ist immerhin das Geschehen, was in Weimar leider ausgeblieben ist: Im August fand eine kleine

Demonstration gegen Polizeiwillkür statt, auf der die Vorfälle der letzten Zeit thematisiert wurden. Das Schlimme ist aber nicht nur, dass solche Demonstrationen ähnliche Vorfälle kaum wirksam verhindern können, sondern auch, dass es vermutlich noch viel mehr unsichtbare Orte gibt, an denen sich Ähnliches, vielleicht Schlimmeres abspielt.

Scheiße, dass sich der Kampf für ein besseres Leben nicht auf die Probleme konzentrieren kann, die einem, wie auch immer vorgestellten idealen Rechtsstaat entspringen, sondern dass sich dieser Kampf auch mit der Schattenseite herumschlagen muss, die notwendig dazu gehört.

Es bedarf einer Organisation, die sich nicht darauf beschränken darf, die Gewissheiten über die Zustände in abgenutzten Parolen zu wiederholen, sondern die es schafft, tatsächlich eine Aufmerksamkeit für Vorgänge in unserer Gesellschaft zu entwickeln, die gemeinhin unsichtbar und unkommuniziert bleiben.

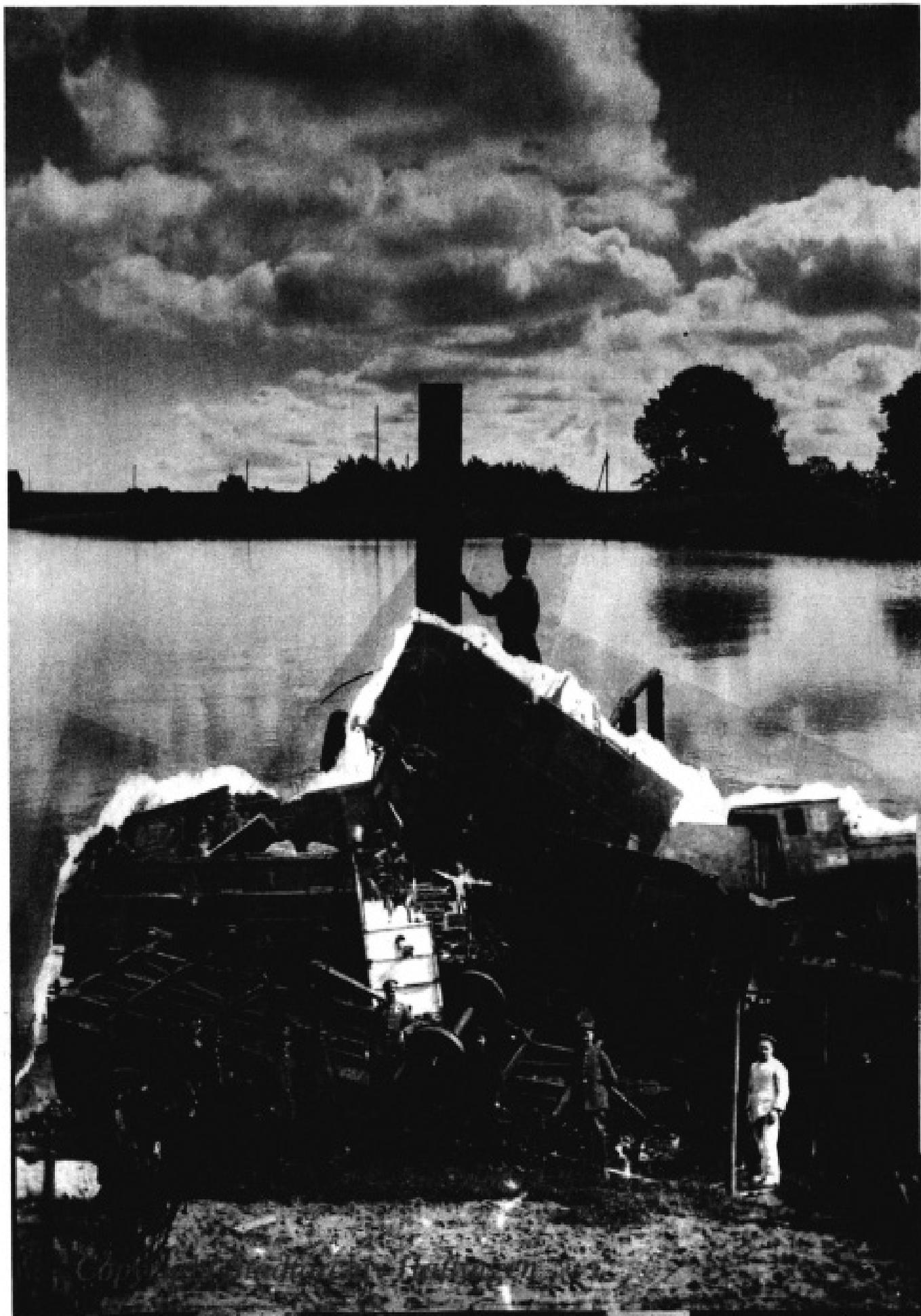
Eine wirksame Bekämpfung der Gewalt, die vielen von uns entgegen schlägt, bedarf zudem eines Wissens darüber, wie Gewalt funktioniert, worin ihre Ursachen liegen, wie sie ermöglicht und potenziert wird. Dann kann es möglich werden, dass sich die Vereinzelten gegenseitig wirksam helfen und darin eventuell eine Perspektive entwickeln können, ein Ende der Gewalt herbeizuführen.

¹⁰ Vgl.: <http://sabotnik.blogspot.de/2012/07/28/demonstration-gegen-polizeigewalt-in-erfurt/>

¹¹ Vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=2Gwj2hmk9Bk&feature=youtu.be>

¹² <http://freie-radios.net/51745>

Herbert Felsheim lebt in Weimar, studiert in Jena und ist in Erfurt in diversen Zusammenhängen aktiv



WAS TUN?

Der Frust muss raus - konsequent handeln gegen Nazis, Rassismus und staatliche Repression

Spätestens mit dem breit diskutierten brutalen Angriff auf Besucher*innen einer Ausstellungseröffnung des Kunsthauses in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2012 lässt sich nicht mehr leugnen, dass es in Erfurt ein Nazi-problem gibt. Der Vorfall ist jedoch nur einer aus einer langen Liste von Übergriffen, bei denen Migrant*innen, Punks, Nichtdeutsche und andere, die nicht in das Bild eines sauberen, angepassten, weißen Deutschlands passen, nicht nur verbal provoziert, sondern auch körperlich attackiert und massiv verletzt wurden. Widerstand dagegen gibt es kaum. Weder die Behörden noch die Einwohner*innen gehen gegen die Angriffe und das permanente Mackergehabe der Nazis aktiv und entschlossen vor. Das ist kein Wunder, denn rassistische und sozialchauvinistische Einstellungen sind kein Privileg von Nazis, sie werden vielmehr von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen. Dieser Grundeinstellung folgend verhalten sich auch die staatlichen Organe so, dass sie die Opfer zu den eigentlichen Täter*innen machen. Dass der Feind in Deutschland links steht, hat Tradition. Schon lange vor dem NSU waren alte Nazis für die westdeutsche Polizei und Justiz tätig und wurden rechte Mörder als V-Leute angeheuert. Für die ostdeutschen Organe war die Ablehnung bürgerlicher Normen immer ein Grund, einzugreifen. Beides zusammen ergibt ein Klima, in dem Rassismus und rechte Gewalt gedeihen können. Unterstützt wird dieses durch die Kriminalisierung von Abweichung und eine städtische Vertreibungspolitik per Stadtordnung. Doch wir wollen diesen Einheitsbrei nicht mitkochen und beziehen klar Position gegen Nazis, Behörden und tolerierende Bürger*innen.

Wir zeigen mit unserer Demonstration:

- dass wir uns solidarisch erklären mit den Betroffenen von rechter Gewalt,
- dass wir uns gezielt gegen Repression und Unterdrückung wenden,

- dass wir dazu aufrufen, aktiv und entschlossen gegen Nazis vorzugehen,
- dass wir uns gegen Institutionen und Behörden wenden, die Teil des Problems sind,
- dass verkürzte Analysen und Parolen diese Probleme nicht lösen werden,
- sondern unser Widerstand so vielfältig sein muss wie die nationalistischen, rassistischen, antisemitischen, kapitalistischen, sexistischen und sonstwie widerwärtigen Verhältnisse, die uns unterdrücken!

Kommt vorbei und lasst euren Frust raus!

»enough is enough is enough« (Chumbawamba)

Vermeintliche oder tatsächliche Migrant*innen werden beleidigt und geschlagen, alternative Jugendliche von Nazis überfallen und von der Polizei schikaniert, immer wieder finden sich in der Stadt Hakenkreuz-Schmiere-reien, linke und alternative Projekte werden angegriffen, öffentliche Auftritte von Nazis billigend zugelassen. Die Presse hat einige dieser Aktivitäten skandalisiert, aber die Dunkelziffer liegt weitaus höher. Viele Betroffene geben aus Angst Vorfälle nicht bekannt, staatliche Institutionen verschweigen ihnen bekannte Aktionen. Im Nachgang zeigt sich immer wieder, dass die Betroffenen von den Behörden nicht ernst genommen werden. Auffällig ist, dass sich die Übergriffe zur Mitte des Jahres hin massiv gehäuft haben und sie zumeist in der Erfurter Innenstadt stattfanden. Eine politische Motivation der Übergriffe wird von staatlicher Seite oft ignoriert, stattdessen nebulös über Vorfälle unter Jugendlichen gesprochen. Wie die zahlreichen Beispiele zeigen, ist Erfurt derzeit für Menschen, die nicht zur weißdeutschen Mehrheitsbevölkerung gehören, ein gefährliches Pflaster. Das Agieren der Ordnungsbehörden und die Folgenlosigkeit für die Täter*innen senkt deren Hemmschwelle zusätzlich.

»The sound of the police« (KRS One)

«Sie [die Polizei] haben mit dem Angreifer gelacht – und uns aufgefordert, nicht von Nazis zu sprechen, weil wir damit die Gruppe provozieren würden.» (TA vom 26.07.2012, «Gruppe Erfurter Studenten wird tödlich angegriffen»)

«Im Rahmen sofort eingeleiteter Ermittlungshandlungen ergaben sich Hinweise auf eine rechte Gesinnung bei zwei Tatverdächtigen. Gegenwärtig gibt es aber keine Anhaltspunkte für ein politisch motiviertes Handeln der drei Tatverdächtigen» (TLZ vom 30.08.2012, «Drei Schläger griffen auf Petersberg in Erfurt Jugendliche an»)

Die Polizei und Ordnungsbehörden nehmen bei der Einschätzung eines Übergriffs und dessen medialer Vermittlung eine zentrale Rolle ein. Ihr Wort zählt leider mehr als das der Betroffenen. Die Übergriffe werden von den Beamt*innen heruntergespielt, verharmlost und der politische Hintergrund wird in vielen Fällen geleugnet. So werden Naziangriffe zu «Auseinandersetzungen zwischen zwei Gruppen» (TA und TLZ vom 19.06.2012).

Wenn sich das nicht mehr halten lässt, werden hier und da Einzelfälle als rechte Gewalt anerkannt, allerdings nur mit dem Zusatz, dass «Alkohol und Emotionen und weitere subjektive Faktoren sowie auch ein politisch aufgeladenes Klima gegenüber der Polizei [...] durchaus dazu führen, dass die rechte Karte öfter gezogen wird, als es der Realität» entspräche (Landespolizeiinspektions-Chef Jürgen Loyen in der TA vom 17.08.2012). Indem die Polizei die eigentlichen Opfer für die Angriffe verantwortlich macht, macht sie diese zu Täter*innen. Wenn die rechten Angreifer*innen vorher nicht unmissverständlich sagen, dass sie zuschlagen, weil sie Nazis sind, liegt in den Augen von Justiz und Polizei keine rechtsmotivierte Straftat vor. Für die Polizei sind die gehäuften und gezielten Angriffe auf Alternative, Linke oder Menschen mit Migrationshintergrund Zufall.

2009 zeigt die Kriminalstatistik einen 50-prozentigen Anstieg von «politisch motivierter Kriminalität links» in Thüringen. Darunter sind Ordnungswidrigkeiten wie das Urinieren in den Wald bei einer Hausbesetzung oder massenhaft später wieder eingestellte Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer*innen von Sitzblockaden. Linke Aktivitäten werden bespitzelt (TLZ vom 19.09.2012, «Innenministerium korrigiert Zahl der Telefonüberwa-

chungen nach oben«), antifaschistische Versammlungen können nur mit riesiger Polizeibegleitung stattfinden (Bsp. das völlig überzogene Polizeiaufgebot bei der Kundgebung gegen die Lesung von Sarrazin in Erfurt). Wer ein Ei auf Nazis wirft, wird danach von der Polizei brutal zusammengeschlagen.

Polizeiliche Repression gegen Antifaschist*innen und Flüchtlinge ist in Erfurt normal. So zögerlich rechte Gewalt als das benannt wird, was sie ist, so schnell ist man in Thüringen dabei, aus drei brennenden Mülltonnen eine linke Gefahr zu konstruieren. Die polizeiliche Unterdrückung antifaschistischen Widerstandes zeichnet sich bei Gegendemonstrationen besonders ab. Während faschistische, rassistische und kulturalistische Veranstaltungen geschützt werden, wird kritisches Interervenieren stark eingeschränkt. Spontane Kundgebungen und Demonstrationen werden immer wieder durch ein massives Polizeiaufgebot verhindert. Aggressive Beamt*innen nehmen verletzte Protestierende billigend in Kauf. Standard ist dabei, mit Pfefferspray und Schlagstock gegen die Menschen vorzugehen.

Menschen, die nicht ins Bild eines genormten Deutschen passen, erleben in ihrem Alltag immer wieder polizeiliche Repression. Das Tragen alternativer Kleidung, die «falsche» Hautfarbe oder ein Migrationshintergrund reichen in Erfurt aus, um einen respektlosen Umgang zu erfahren. Wer in den Augen der Beamt*innen nicht deutsch aussieht, wird in Babysprache angesprochen, ständig nach der Herkunft gefragt und kontrolliert. Menschen, die ihre politische Überzeugung nach außen tragen, wird vorgeworfen, selbst schuld zu sein, wenn sie Opfer rechtsmotivierter Straftaten werden. Deutlich wird: Die Polizei und die anderen staatlichen Exekutivorgane sind auf dem rechten Auge blind. Sie agieren gezielter und konsequenter gegen die Opfer der Nazis als gegen rechte Straftäter*innen. Sie treiben Rassismus voran, statt ihn mit den ihnen möglichen Mitteln zu bekämpfen.

»Erfurt – Ort der Vielfalt« (Andreas Bausewein, OB Erfurt)

Erfurt soll noch attraktiver für seine Besucher*innen werden: OB Bausewein verschärft dafür die bestehende Stadtordnung, um Punks, Obdachlose und andere Unangepasste aus der Innenstadt zu vertreiben. Auch das Besetzte Haus entspricht diesen Vorstellungen nicht und wird im April 2009 mit einem gigantischen Polizeiaufgebot geräumt. Ein Ersatzobjekt gibt es nicht, die Hausbesetzer*innenszene und ihre Sympathisant*innen

werden mit Repression überzogen. Dennoch wird Erfurt zum «Ort der Vielfalt» gekürt. Vielfalt und Toleranz verschaffen den «Freien Kräften» am 01. Mai diesen Jahres eine ungestörte Demonstration, die in Weimar schon verboten wurde.

Die politisch Verantwortlichen brüsten sich mit «Toleranz» und «Vielfalt», wenn sie öffentlich unter Druck stehen oder es für die Imagepflege der Stadt wichtig ist. Fragt man diejenigen, die Toleranz und Weltoffenheit brauchen könnten, weil sie tatsächlich vom Thüringer Einheitsbrei abweichen, sind die Befunde deutlich: Für Punks, Migrant*innen, Obdachlose und Straßenkünstler*innen ist Erfurt keinesfalls eine weltoffene Stadt. Ordnungspolitische Vorgaben und engstirniges Behördenhandeln legen jeder Nutzung des öffentlichen Raumes Steine in den Weg. Wer in Eigeninitiative unkommerzielle Räume schafft, wird misstrauisch beäugt statt unterstützt. Flüchtlinge werden in Heimen untergebracht, gegen Graffiti-Künstler*innen wird mit einer Sonderkommission ermittelt, sie werden nachts von Hubschraubern verfolgt. Die Idealvorstellung der Stadtplanung liegt in Konsummeilen und Luxussanierungen in der Innenstadt. Alles andere wird an den Rand gedrängt.

Vielfältig sind in Erfurt allein die Nazi-Aktivitäten. Offen erkennbare Nazis können sich in der Innenstadt frei bewegen. Innerhalb der letzten beiden Jahre gab es mehr als zwölf Nazi-Kundgebungen und Aufmärsche in Erfurt. Die meisten konnten ohne Probleme stattfinden. Wenn sie behindert werden, dann nicht durch Behördenhandeln. Die Versammlungsbehörde gewährt den Nazi-Aufmärschen lieber einen störungsfreien Ablauf. Das Vorgehen gegen die Naziproblematik beschränkt sich auf symbolische Bekenntnisse. Nazis können weiterhin ihre Propaganda verbreiten. Von den städtischen Behörden lässt sich nicht mehr als eine Imagepflege erwarten. Nicht zuletzt spricht dies für ein von Rassismus und Nationalismus geprägtes Klima, das von Erfurter Bürger*innen alltäglich mitgestaltet und hergestellt wird.

»Es ist die Systematik ...« (Anarchist Academy)

***Es gilt «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist»
(Karl Marx)***

Das kapitalistische System durchdringt die Gesellschaft, in der wir leben. Kein Mensch wird als einzigartiges Individuum behandelt. Interessant für das System sind wir als Träger*in der Ware Arbeitskraft. Gleich sind die

Menschen als austauschbare Rädchen in der kapitalistischen Maschine. Leistung, Konkurrenz und Verwertung kennzeichnen das Leben. Kein Wunder, dass sich gegen diesen Kampf aller gegen alle die Sehnsucht nach einer schützenden Gemeinschaft herausbildet — eine Sehnsucht, die dann von den Zwangsgemeinschaften «Volk» und «Nation» erfüllt werden soll. Dies führt zu einer Abgrenzung und Hierarchisierung gegenüber «den Anderen» — denen, die nicht mitmachen können, sollen oder wollen.

Konsequenzen dieses Denkens sind die vielfältigen Formen der Diskriminierung, die im Alltag in subtiler Form offenbar und von der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber den Auszugrenzenden ausagiert werden. Dies spitzt sich in der immensen Entfaltung rassistisch, faschistisch und antisemitisch aufgeladener Gewalt zu. Gerade in Krisenzeiten werden Nationalismus und Patriotismus ausgerufen, um all diejenigen Menschen, die durch gesellschaftliche Zerfallsprozesse real ausgeschlossen werden, wenigstens ideologisch noch zu binden. «Arbeit weg, kaum noch Stütze und kaum noch Rente? Aber Ihr seid (immer noch) Deutschland!» — so kurz zusammengefasst zeichnet sich die ideologische Figur, mit der sich die Krisenverlierer*innen erfolgreich abspeisen lassen. Da, wo das Spiel mit Nationalismus aus dem Ruder läuft, werden Feuerwehrprogramme gegen Rechts gestartet und bunte Feste gegen den braunen Rand gefeiert. Doch diese Strategie verkennt die ursächlichen Bedingungen des Problems, die sich in den Einstellungen und im Verhalten jeder und jedes Einzelnen von uns zeigen. Wer an die Wurzeln des Faschismus will, muss da graben, wo eben auch bürgerlicher Staat und Kapitalismus verankert sind – Teil dessen sind wir alle.

Kampf dem Faschismus

Für uns bedeutet Antifaschismus, die gesellschaftlichen Ursachen für das Erstarken von Nazis in den Fokus zu rücken. Derzeit muss es ebenso darum gehen, Widerstand gegen konkrete Nazis zu leisten, ihre Handlungsmöglichkeiten einzuschränken und ihnen ihre Räume streitig zu machen. Das heißt, antifaschistischen Selbstschutz zu üben, denn wir können uns nicht auf das Handeln von Staat und Behörden verlassen, sondern müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Dies ist nur von Erfolg gekrönt, wenn wir eine breite Gegenöffentlichkeit etablieren.

Wir ziehen uns nicht zurück oder bleiben mit dem Frust allein: Wir wenden uns solidarisch und aktiv gegen die bestehenden Zustände in Erfurt und überall!

»Wer anders aussieht, gehört hier nicht her«

Redebeitrag der AG17 bei der »Frust«-Demo am 13.10.2012 in Erfurt

Für Alternative, Migrant*innen und viele Jugendliche verbreitet die Anwesenheit von Polizei kein Gefühl von Sicherheit, sondern ist Grund zur Sorge und schürt Angst. Selbst bei Bedrohungsszenarien ist sie selten ein Anlass zum Aufatmen. Grund dafür sind ständige Schikanen gegen all jene, die den gutbürgerlichen Verhältnissen gegenüber stehen, die als Gefahr wahrgenommen werden und gegen die mit Hilfe von Feindbildern vorgegangen wird. Der Begriff Gefahr bezieht sich hierbei nicht nur auf die mögliche Beschädigung von Personen, Tieren und Dingen, sondern als erstes auf eine mögliche Schädigung der öffentlichen Ordnung.

Die ordentlich gekämmten Nazi-Kameraden fallen nicht darunter. Immerhin gefährden sie nicht die wohlgeputzte Sauberkeit der Touristeninnenstadt. Alternative und migrantisch Aussehende werden dagegen als Bedrohung der öffentlichen Ordnung angesehen und Angriffe auf sie durch Nazis nicht ernst genommen. Sie werden meist nach Naziübergriffen belächelt und gelegentlich wird ihnen die Schuld am Angriff selbst gegeben. Frei nach dem Motto: »Wer anders aussieht, gehört hier nicht her«.

Deutlich zeigte sich diese Einstellung nachdem im Juli diesen Jahres eine Gruppe Nazis Student*innen eines internationalen Colleges tätlich angriff. Die Polizei nahm die Betroffenen nicht ernst, empfahl die Angreifer nicht als Nazis zu benennen, redete von bloßen Konflikten und scherzte mit den Kameraden.

Im Sommer 2008 wurde die jährlich stattfindende Punker-Bootstour von Nazi-Hooligans angegriffen. Dieser Angriff wurde im Vorfeld von einem stadtbekanntem Schlägernazi angekündigt. Nachdem der Überfall erfolgreich abgewehrt wurde, kam es zu mehreren Festnahmen auf Seiten der Punks. Deren Notwehrhandlungen wurden unter anderem als schwere Körperverletzung kriminalisiert. Einen politischen Hintergrund habe es nicht gegeben. Die Polizeidirektion Erfurt erklärte lediglich, dass die Angreifer »der Erfurter Hooliganszene« zuzurechnen seien. Überhaupt behauptet die Polizei, dass »die rechte«

Karte oft viel zu schnell gezogen würde. So seien die Vorfälle vielleicht nicht frei von politischer Motivation, aber letzten Endes seien sie eben unter Alkoholeinfluss und Aufkochen von Emotionen geschehen.

Doch die Polizei agiert nicht nur passiv durch Wegsehen und Herunterspielen. Auch aktiv geht sie gegen alternatives Leben vor: Beispielsweise stürmte sie im Juli diesen Jahres nach einer Party eine Wohnung in der Andreasvorstadt. Begründet wurde der Einsatz mit Gefahr im Verzuge. Hierbei bedarf es keiner richterlichen Anordnung – die Polizei handelt nach eigenem Ermessen. Zwölf Polizisten drangen in die Wohnung ein, schlugen die Anwesenden und fesselten sie auf dem Boden. Auf die Frage, was dieser Einsatz solle, antwortete ein Polizist: »Halt die Fresse, du bist eh zu arm, um dir ein Gesetzbuch zu kaufen. Guck mal wie du aussiehst«. Bis auf eine Person wurden alle Anwesenden der Wohnung verwiesen und ein Mensch wurde in Gewahrsam genommen. »Kannst froh sein, wenn du ihn wieder siehst«, war die Antwort der Polizei auf die Frage nach dessen Verbleib.

Ebenso unangenehm sind die ständigen Kontrollen der Polizei in der Innenstadt. Für Ruhe und Ordnung wird gesorgt. Mit einer guten Portion von Vorurteilen werden Leute schikaniert und mit fadenscheinigen Begründungen Taschenkontrollen erzwungen. Es wird ihnen z.B. unterstellt sie hätten Betäubungsmittel dabei oder hätten solche gerade erst konsumiert. Natürlich ist so ein Vorgehen der Polizei in aller Öffentlichkeit für die Betroffenen peinlich und brandmarkend. Denn umstehende Leute halten das Tun von Autoritäten erst einmal für richtig.

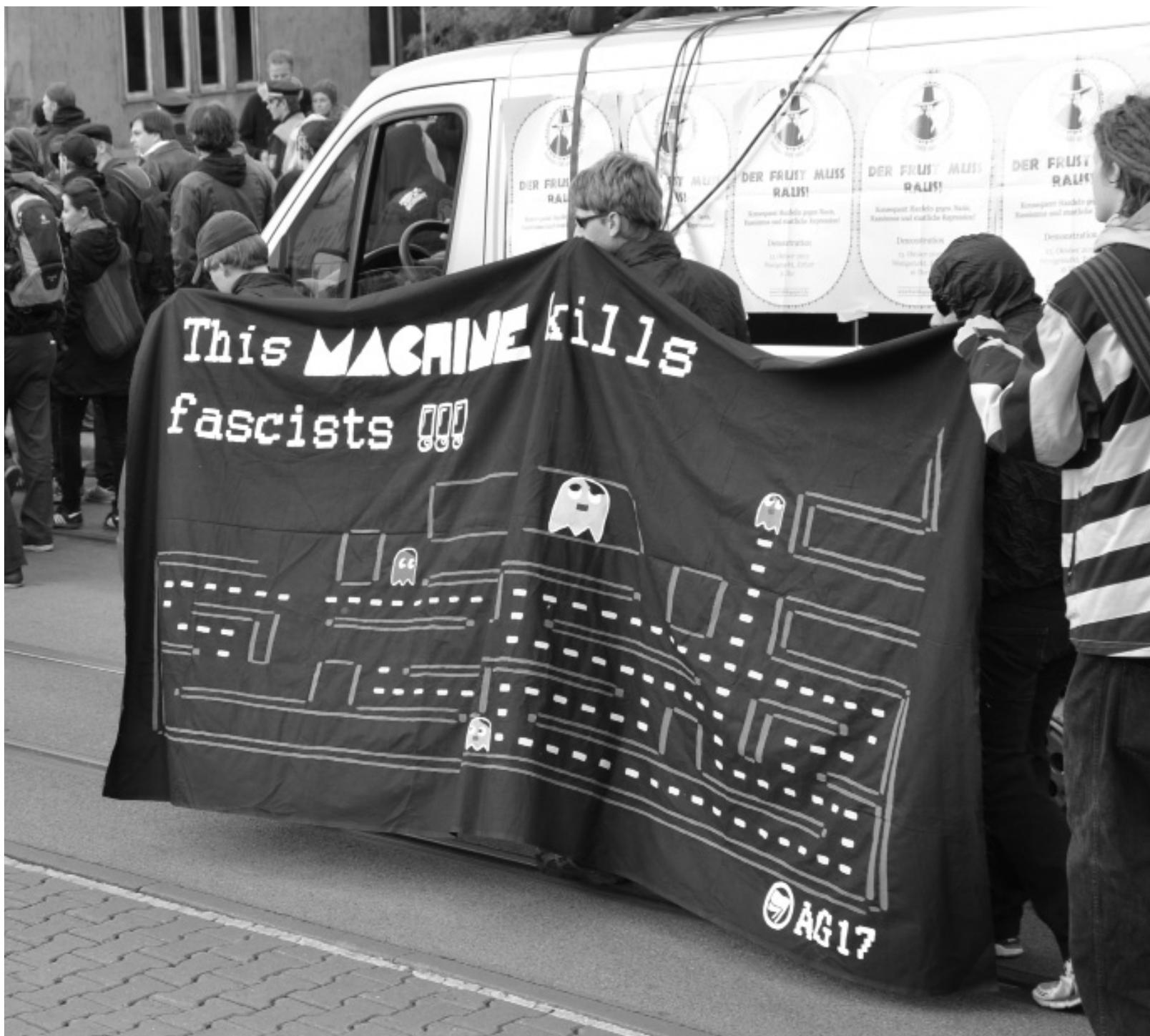
Die Liste solcher Vorfälle ist recht lang, Beschwerden meist erfolglos. Im Allgemeinen ist der Umgang von Polizei mit Antifaschist*innen auf Einschüchterung und Kriminalisierung ausgelegt. Unnötiges Herumgeschubse und Beleidigungen stehen bei politischen Veranstaltungen auf der Tagesordnung. Dabei wird immer wieder deutlich, worum es den Ordnungshütern in Uniform geht: Äußerungen wie »Verpiss dich du Fotze« oder »Ihr

könnt ja auch zu hause bleiben« zeigen den gewünschten Weg. Die Drohkulisse soll zur Entpolitisierung junger Menschen führen, die sich politisch unbequem äußern.

Natürlich wollen wir mit unserer Aufzählung die Polizei nicht bitten sich uns gegenüber netter, korrekter zu verhalten. Wir wollen keinen Wunsch nach Reformierung staatlicher Institutionen äußern! Die Polizei ist ein Repressionsorgan. Ihre Aufgabe ist es die Staatsgewalt zu vertreten und körperliche Gewalt anzuwenden. Dieses Gewaltmonopol wird benutzt um die bestehende Ordnung aufrecht zu erhalten. Mit immer mehr Befugnissen ausgestattet und entgegen jeder Beteuerung von Menschenrechten und Menschenwürde wird dies gegen unerwünschte Teile der Bevölkerung umgesetzt. Der imaginäre deutsche Normalbürger soll gegen inkriminierte Menschengruppen geschützt werden. Dass die Polizei also

Menschen, die sie für Nicht_deutsch hält, Menschen, die nicht nach deutscher Leitkultur aussehen, Menschen die nicht aussehen als hätten sie den herrschenden Arbeitsethos verinnerlicht, abwertend behandelt und vertreibt ist also kein Resultat böser Macht missbrauchender Polizisten. Dieses Verhalten ist in der Institution Polizei selbst begründet. Sie müssen sich so verhalten. Aufgabe der Polizei ist es die bestehende Gesellschaftsordnung, den Kapitalismus zu schützen. Es entspricht ihrer Charaktermaske, gesellschaftliche Gewaltverhältnisse mit körperlicher und psychischer Gewaltanwendung durchzusetzen.

Deshalb kann unsere einzige Forderung nur sein, eine Gesellschaftsordnung, die Polizei und Repression erforderlich macht, abzuschaffen. Für ein Leben ohne Grenzen!



»Antifaschismus ist notwendig, nicht kriminell!«

Redebeitrag der Thomas-Soli-Gruppe bei der »Frust«-Demo am 13.10.2012 in Erfurt

Am 15. Juni feiert das Bildungskollektiv BiKo sein zehnjähriges Bestehen in den Räumlichkeiten der Offenen Arbeit Erfurt in der Allerheiligenstraße 9. Gegen 2 Uhr greifen ca. 20 bewaffnete Nazis unter »Zecken«-Rufen sich auf dem Heimweg befindende Personen an. Anschließend werden auch das Gelände der Offenen Arbeit und die dort anwesenden Personen attackiert. Mehrere Menschen werden durch Faustschläge verletzt, eine Person erleidet nach einem Flaschenwurf Schnittverletzungen am Kopf. Nur das besonnene Handeln der Gäste verhindert Schlimmeres. Die anrückende Polizei drängt die Nazis ein Stück ab und versucht die Situation – ihrer Meinung nach – unter Kontrolle zu bringen. Dies wollen sie u.a. durch die Erstürmung des Geländes der Offenen Arbeit erreichen.

Was nun folgt, steht symptomatisch für den Umgang von Polizei und Behörden mit Betroffenen von Naziübergriffen: In das Visier der Staatsmacht gerät ein Betroffener des Übergriffs. Thomas soll mehrere Nazis mit Pfefferspray verletzt haben. Seine Personalien werden aufgenommen und es wird Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung erstattet. Im Nachgang spricht die Polizei gegenüber der Lokalpresse von einer »Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen«. Was von Amtswegen in der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird, erinnert an eine vermeintlich harmlose Auseinandersetzung zwischen nicht näher beschriebenen Beteiligten. Der politische Hintergrund des Übergriffs wird verschwiegen – der menschenfeindliche Hintergrund der eigentlichen Täter verdrängt. Ein Betroffener des Naziüberfalls wird zum Täter gemacht. Der polizeiliche Auftrag, Ordnung und Sicherheit auf Erfurts Straßen herzustellen und zu wahren, findet seinen Gegenstand in der Repression politisch Unliebsamer. Hier geht es nicht um Thomas als Einzelperson, angesprochen sind alle Menschen, die nicht in das Bild von Stadt, Ordnungsbehörde und Polizei passen, da sie sich in bestimmten Situationen »anders« verhalten.

Die Reaktion von Stadt und Behörden auf diese Zustände sprechen eine ganz eigene Sprache: Übergriffe werden

heruntergespielt und entpolitisiert – solange wie möglich wollen diese sich davor bewahren, in der Öffentlichkeit ein »Problem mit rechts« einzugestehen. Dazu ist es notwendig, Betroffene selbst zu Täter*innen zu machen, indem ihr Handeln als ursächlich für Übergriffe gewertet wird. »Nennt sie nicht Nazis, das könnte sie provozieren.«, so oder so ähnlich muss die Aussage eines Polizisten gegenüber den von einem Naziübergriff betroffenen internationalen Studierenden geklungen haben. Hier zeigt sich, was wirklich geschützt werden soll: Nicht etwa das »Ehrgefühl« einer Person, die sich durch die Beleidigung gekränkt sieht, sondern die Stadt will nicht als Brutstätte faschistischer Ideologie erkannt werden. In Erfurt will man seine Bürger*innen nicht als »Nazis« beschimpft wissen, aus Angst davor selbst zum Gegenstand der Kritik zu werden. Rassismus und Nationalismus der »demokratischen« Mehrheit werden als solche gar nicht wahrgenommen, vielmehr reproduziert. Aus dieser Perspektive heraus erklärt sich auch, warum Nazis in Erfurt problemlos zu Kundgebungen und Demonstrationen – auch ganz spontan – aufmarschieren können, während antifaschistische Aktionen behindert, mit Auflagen übersät und meist von einem völlig überzogenem Polizeieinsatz begleitet werden.

Der ausgemachte Feind der bürgerlichen Gesellschaft steht, wie in der Vergangenheit so auch heute noch, links. Kritiker*innen einer Gesellschaft, die Nazis und Rassist*innen als deren notwendiges Produkt betrachten und die derzeitige parlamentarische Demokratie als eine Verwaltung des immer wieder hergestellten Elends analysieren, werden als Störenfriede und Nestbeschmutzer identifiziert. Diejenigen, die auf Unvernunft und Unmenschlichkeit aufmerksam machen, werden zum eigentlichen Problem erklärt.

Wenn wir zu Täter*innen gemacht werden, wird der Rechtsstaat gegen uns in Stellung gebracht. Nützlich für politisches Vehikel dafür ist die Extremismustheorie, die die »politischen Feinde« der »bürgerlichen Mitte« identifiziert und versucht, diese gesellschaftlich auszuschließen. Das zur Bezeichnung gebrauchte Label »linksext-

remistisch« reicht aus, um Positionen zu stigmatisieren, mit deren Inhalten man sich aber nie auseinandersetzt. Uns geht es nicht um Anerkennung, sondern um eine wehrhafte Position der Kritik, welche Stachel in den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen bleiben will.

Wir können in unserem politischen Kampf nicht auf die Unterstützung von Behörden oder Polizei setzen, denn diese sind Teil des Problems. Damit den Naziaktivitäten dennoch etwas entgegengesetzt werden kann, müssen wir einerseits einen Selbstschutz vor Übergriffen praktizieren und andererseits gegen die repressive Zuschreibungslogik der behördlichen Organe agieren. Um unsere Handlungsmöglichkeiten zu erhalten – die Handlungen, die effektiv und dauerhaft gegen Nazis und deren Aktivitäten vorgehen, sie bekämpfen und verdrängen – können wir nicht mit Institutionen und Behörden zusammenarbeiten. Wir werden uns weder zu Tatbeständen äußern, noch offen mit unserer Identität agieren, da die Behörden und staatlichen Organe ein Teil der Problematik sind: Wir machen in keinem Fall Aussagen zu unserem politischen Engagement und unseren Zusammenhängen. Wir sind solidarisch mit all jenen, die aufgrund dieses Engagements unter Repression leiden müssen! Dazu gehört die unterstützende Öffentlichkeitsarbeit, die auch im Fall von Thomas wieder Wirkung gezeigt hat. Die Anzeige gegen ihn wegen gefährlicher Körperverletzung wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Wir werten dies einerseits als eine positive Nachricht, weil der Druck gegen ihn in dieser Sache gelöst wurde, andererseits ist diese Einstellung kein eindeutiges Statement der Staatsanwaltschaft. Warum dieses Verfahren eingestellt wurde, ist nicht klar. Der Tatvorwurf bleibt im Raum, denn ein Freispruch, welcher Thomas auch in der Öffentlichkeit von der Täterschaft freispricht, ist nicht gefallen. Thomas bleibt weiterhin potentieller Täter, obwohl er selbst Betroffener des Naziübergriffs war. Die repressive Strategie der Polizei hat in dieser Hinsicht funktioniert, denn Thomas rückte in den Fokus der Staatsanwalt-

schaft und seine und unsere Kräfte müssen sich auf die Abwehr staatlicher Repression konzentrieren – Zeit, die wir hätten anders nutzen können. Wie so oft, sind wir dazu gezwungen auf diese repressive Logik zu reagieren. Unser Handeln ist wieder mal nur Reaktion, vielmehr sollte es jedoch selbstbestimmt, auf die Abschaffung dieser Gesellschaft gerichtet sein. Wie der Staat und seine Repressionsorgane zwingen uns auch die Nazis zum konkreten Reagieren, d.h. Eingreifen.

Was bleibt also in dieser Situation in Erfurt zu tun? Aktionen gegen Nazis sind schon aus Selbstschutz unerlässlich. »Kein Fußbreit den Faschisten!« lautet eine alte Parole, die immer noch Gültigkeit besitzt. Nehmen wir Nazis die Räume, ob auf Demonstrationen oder in der Kneipe! Sicher ist jedoch auch, dass wir dabei nicht stehen bleiben dürfen: Es gilt, die Bedingungen anzugehen, unter denen Nazis gedeihen können. Dafür müssen wir scharfsinnige Analysen leisten, die den Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft, ihren neonazistischen Abkömmlingen, autoritären Verfahrensweisen und einer kapitalistischen Produktionsweise erhellen. Wir müssen weiter unsere eigene Position und Verstricktheit in gesellschaftliche Verhältnisse reflektieren und erkennen. Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Sexismus müssen wir überall dort entgegentreten, wo sie uns begegnen. Daran schließt sich die Entwicklung von praktischen Handlungsweisen an, die wir miteinander leisten sollten. Neben den grundlegenden Fragen danach, wie wir mit staatlichen und neonazistischen Übergriffen umgehen und wie wir in die Konstitution dieser Phänomene eingreifen können, ist unser Beitrag ein Aufruf für das Eintreten zugunsten einer solidarischen Gesellschaft, und zugunsten all jener, die aufgrund dieses Engagements unter Repression leiden müssen.

Wir sind solidarisch mit Thomas und allen anderen von rechter Gewalt und staatlicher Repression Betroffenen!



Zur Notwendigkeit kategorialer Gesellschaftskritik

Redebeitrag der Antifa Arnstadt-Ilmenau bei der »Frust«-Demo am 13.10.2012 in Erfurt

Der Kampf darum, dass in der Thüringer Öffentlichkeit, in Politik und bei der Polizei endlich anerkannt wird, dass Erfurt heute ein Naziproblem habe, ist ein Scheinkampf. Die bittere Wahrheit ist die, dass wir immer und fast überall von Nazis und anderen potentiellen und wirklichen Faschisten, von Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, etc. angegriffen werden können und angegriffen werden. Dass nun ausgerechnet Erfurt ein Naziproblem habe, das sich von dem in Apolda und Sonneberg unterscheidet, ist sowieso nicht zu erkennen. Vielmehr scheinen in Erfurt die linken Strukturen besser bzw. überhaupt zu funktionieren, die solche Angriffe erstmal öffentlich machen und skandalisieren. Ohnehin führt die Anerkennung einer Begrifflichkeit vielleicht dazu, dass das Problem kommunizierbar wird, aber längst nicht dazu, dass es gelöst wird. Die Frage, warum das Problem nicht gelöst wird bzw. unter den gegebenen Verhältnissen nicht gelöst werden kann, beantwortet indirekt der Aufruf des Demo-Bündnisses.

So heißt es schon in der Demoankündigung auf frust.blogspot.de: »Rassistische und sozialchauvinistische Einstellungen sind kein Privileg von Nazis, sie werden vielmehr von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen.« So wahr, so falsch. Der Frage, warum die Mehrheitsbevölkerung diese Einstellungen vermeintlich mitträgt, wird nicht weiter nachgegangen und auch der vollständige Aufruf hinterlässt Klärungsbedarf. Die Reflexion bricht an der Stelle ab, an der das Elend benannt wird, aber deswegen noch längst nicht verstanden ist. Und so ist es denklogisch nur konsequent, dass die Terminologie »mittragen« am Ende des Satzes steht und sich der Satz damit schon revidiert hat, denn sicherlich müssten Rassismus und Sozialchauvinismus ein Privileg der Nazis sein, wenn die Mehrheitsgesellschaft diese Einstellung nur mitträgt, anstatt sie zu konstituieren bzw. durch sie konstituiert zu sein. Es liegt uns fern, uns dem Vorwurf der Kleinlichkeit aussetzen zu wollen. Vielmehr meinen wir, ist es der dargestellte Abbruch der Reflexion selbst, der die politischen Folgerungen der Aufrufenden in die Irre führt. Rassismus wird hier in der Analyse begriffen als ein äußeres Verhältnis, eine Erkrankung des Bewusst-

seins, der durch gutes Zureden und Argumentieren abgeholfen werden kann. Dass dieses Zureden und Argumentieren gegen Rassismus die Menschen nicht wieder auf einen moralisch unbedenklichen Pfad zurückführt und zu guten Menschen macht, zeigt die Praxis nur allzu oft. Es offenbart sich hier nur wieder die Ohnmacht des Aufklärers, die darin besteht, dass Vorstellungen, die auf einem gesellschaftlich Unbewussten aufbauen, nämlich den sich hinter den Rücken der Menschen Geltung verschaffenden politökonomischen Konstitutionsbedingungen bürgerlicher Subjektivität; dass diese Vorstellungen nicht durch konsequentes Argumentieren zu brechen sind, weil das bürgerliche und damit rassistisch wie antisemitisch konstituierte Subjekt jede Erkenntnis abwehrt, die sich nicht einfügt in das gesellschaftlich präformierte Selbst- und Weltverständnis.

Rassismus kann in dieser Gesellschaft nicht durch eine aufklärerisch verordnete Einübung des Grundsatzes der Gleichheit aller Menschen gebrochen werden, weil Rassismus ein gesellschaftlich notwendiges Verhältnis ist; notwendig weil es aus der politökonomischen Konstitution bürgerlicher Subjektivität entspringt, die sich ohne das Bewusstsein des Subjekts darüber Geltung verschafft. Der Rassismus schützt das bürgerliche Subjekt vor der Einsicht in die eigene Nichtigkeit, die Einsicht seiner Überflüssigkeit in einer Gesellschaft, in der der Mensch sich nicht Zweck ist, sondern austauschbares Mittel einer Produktionsordnung, die ihren Zweck in der rastlosen Vermehrung von Tauschwerten hat; vor der Einsicht also, dass man seine eigene Identität in einem Widerspruch konstituiert hat. Durch die Abgrenzung vom Flüchtling oder schlicht vom Ausländer soll abgespalten werden, was man selber am meisten fürchtet, die Niederlage in der allgemeinen kapitalistischen Konkurrenz. Oft spricht hier die Angst vorm Verlust des Arbeitsplatzes, mit dem man sich identifiziert, weil einem sonst nichts Halt gibt und den man benötigt, um irgendwie am allgemeinen Wohlstand noch partizipieren zu können. Gleichzeitig liefert der zum Volk oder zur Nation erweiterte Stammesverband Halt durch die bloße nominelle Zugehörigkeit zu Menschen, die man in der Regel nicht kennt und,

*„Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten
in der Maske der Faschisten, sondern vor der Rückkehr
der Faschisten in der Maske der Demokraten.“*

Theodor W. Adorno



Antifaschistische Aktion Arnstadt / Ilmenau

falls doch, nur in seltenen Fällen überhaupt leiden kann. Der Rassismus ist dabei wesentlich ökonomisch konstituiert. Der Rassist verfolgt den Ausländer nicht vorrangig, weil er seine Kultur oder die rassische Durchmischung arischen Blutes fürchtet, sondern weil er ihn als Konkurrenten im Kampf um die im Kapitalismus künstlich verknüpften Zugänge zum Wohlstand wahrnimmt. Daher rührt die abwertende Einteilung zwischen politischen und Wirtschaftsflüchtlingen. Vornehmlich letztere, aber in Konsequenz auch erstere sollen lieber in den künstlich arm gehaltenen Ländern verhungern oder, auf der Flucht erwischt, in Lager interniert werden, als hier Asyl zu suchen, denn bekanntlich gilt in Zeiten der Krise umso mehr: »Das Boot ist voll.«

Die nachhaltige Beendigung des Rassismus und die Abschaffung der herrschenden Produktionsweise bedingen sich also notwendig gegenseitig, wenn Rassismus wie übrigens auch Antisemitismus aus der politökonomischen Konstitution bürgerlicher Subjektivität entspringen. Die Konsequenz der politischen Linken kann demnach nur die sein, das Kapitalverhältnis abzuschaffen, bevor das Kapitalverhältnis damit fortfährt die Menschen abzuschaffen. Und wer meint, es helfe, den Rassisten und Antisemiten die Problemlage einfach mal klar zu machen und auf »gesunden Menschenverstand« zu setzen, der irrt sich gewaltig und wird, wo nicht bei sich selbst, bei anderen auf Widerstand bzw. Abwehr stoßen, die genau daher rührt, dass Rassismus und Antisemitismus eben keine temporären Erkrankungen des Denkens sind, sondern Ideologien, die fortbestehende gesellschaftliche Verhältnisse repräsentieren und mit ihnen stehen und fallen. Ohnehin bedarf es nur eines beiläufigen Blickes in

die Geschichte um zu erkennen, dass vor allem die Praxis der sozialdemokratischen Linken nie etwas anderes bewirken wollte, als die Fortsetzung der Katastrophe, die schon immer darin bestand, dass die kapitalistische Barbarei einfach weitergeht.

Die Zurichtung durch die objektiven Verhältnisse betrifft uns alle in ganz unterschiedlicher und doch sehr ähnlicher Weise. Gewalt ist sie ohnehin gegen alle, schon weil Menschsein mehr verheißt, als das Dasein als ein Funktionselement eines undurchschauten gesellschaftlichen Verhältnisses, das einem guten und vernünftigen Leben für alle Menschen im Weg steht. Die Reflexion in der Aufklärung wie in der Selbstaufklärung bricht dort ab, wo die objektiven Verhältnisse nicht als permanente Gewalt gegen einen selbst wahrgenommen werden; nicht zu erkennen, dass man zum Agenten der objektiven Verhältnisse gegen sich selbst geworden ist. Der Bruch im Selbstverhältnis ist die notwendige Voraussetzung für eine Fortsetzung der Reflexion und um die Gewalt nicht als etwas den Verhältnissen äußerliches zu begreifen, sondern als Konstitutionsbedingung alles bestehenden Gesellschaftlichen. Antifaschistische Gesellschaftskritik muss darauf zielen, diesen Bruch bei möglichst vielen Einzelnen herbeizuführen, den Kitt bürgerlicher Ideologie zu lockern und so den Bann undurchschauter Vergesellschaftung und ihrer permanenten Gewalt zu lösen. Dieser Gewalt der gesellschaftlichen Verhältnisse ist nicht beizukommen durch gutes Zureden, durch Reformen, Menschenrechte oder Sozialarbeit, sie muss zerstört werden, mit der Ordnung, die sie zuverlässig hervorbringt. Anders wird die Gesellschaft der Freien und Gleichen, der Kommunismus, nicht zu haben sein.

Gedanken über das Verhältnis kategorialer Kritik und konkreter Politik

Auswertungspapier zur »Frust«-Demo am 13.10.2012 in Erfurt von Eva Felidae

In dieser Reflexion möchte ich einen Ausschnitt aus den Diskussionen darstellen, der meines Erachtens zentral für die politische Zusammenarbeit im Vorbereitungskreis für die „Der Frust muss raus!«-Demonstration war.

»Der Frust muss raus!« – Die gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen diese Stadt und ihre Akteure heraus agieren, kotzen uns an. Immer noch stehen wir ohnmächtig vor dem neu errichteten Möbelgeschäft und dem Tierwarenhandel, »dort, wo unser Haus stand.« Zu dieser Ohnmacht der verlorenen Kämpfe um Freiräume kamen im Laufe des Jahres 2012 eine Menge an gewalttätigen Übergriffen seitens der Nazis hinzu. Diese können einfach so auf Menschen losgehen, sie rassistisch beschimpfen und angreifen. Auch die Bullen taten und tun ihren Teil dazu, dass Menschen sich bedroht und ausgegrenzt fühlen. Antifaschistisches Engagement wird nicht nur von den Repressionsorganen kriminalisiert, auch die Stadt und ihre Ordnungsbehörde machen klar, dass dies nicht erwünscht ist und behindern entsprechende Aktionen. Die Verdrängung von alternativen Lebensweisen findet per Stadtplanung indirekt oder ganz deutlich durch Verordnungen statt.

Die Situation war auch durch das Fehlen eines artikulierten Widerspruchs aus einer linksradikalen Perspektive geprägt. Von dieser Feststellung ausgehend fanden sich Gruppen und Einzelpersonen rund um den selbstverwalteten Laden »veto« zusammen, um zu reagieren. In der Analyse und der daraus abzuleitenden Form der Reaktion blieben wir uneinig, auch wenn am Ende die gemeinsame Organisation der Demonstration am 13. Oktober 2012 in Erfurt stand. Grob lassen sich zwei Positionen umreißen, aus denen sich im Demonstrationaufruf ein Kompromiss herausbildete. Im Folgenden stelle ich diese von grundlegenden Differenzen geprägten Positionen anhand einer exemplarischen Auseinandersetzung dar.

Im Aufruf hieß es: »Widerstand dagegen [Situation in Erfurt] gibt es kaum. Weder die Behörden noch die Einwohner*innen gehen gegen die Angriffe und das permanente Mackergehabe der Nazis aktiv und entschlossen vor.«

Position A – Einige zivilgesellschaftliche Akteure, d.h. parteinah oder gewerkschaftlich organisiert, empörten sich im kleinen, nicht offiziellen Rahmen über die fehlende Anerkennung ihrer exerzierten Gegenwehr und den an sie adressierten Vorwurf des passiven und unentschlossenen Handelns. Ein Teil des Vorbereitungskreises fand diese Reaktion berechtigt aus einem strategischen Interesse: Die zivilgesellschaftlichen Akteure dürften nicht verschreckt werden, ihr institutionalisierter Antifaschismus, der sich in Blockadeversuchen von Naziveranstaltungen und bunten Festen gegen Rechts zeigt, solle anerkannt werden. Ein »pubertäres Dagegensein« helfe nicht weiter, um Deutungshoheiten zu beeinflussen und zu gewinnen. Statt ihnen vor den Kopf zu stoßen, wird eine Strategie des »konsensualen Abholens« vertreten. Die eigene (vermeintlich) linksradikale Position soll durch ein Erklären verständlich gemacht werden. Das Gegenüber wird von seiner »falschen« Position abgeholt, gemeinsam gelangt man sodann zum »konsensualen« Standpunkt. So das Ideal, praktisch bleiben die verhandelten Positionen jedoch nebeneinander bestehen und einem falschen Verständnis von Gesellschaft verhaftet. Auf diesem Weg sollen Deutungshoheiten hergestellt werden, durch welche ein Gewinn realpolitischen Einflusses erhofft wird.

Die für Erfurter Verhältnisse nicht unerhebliche Zahl an Demonstrationsteilnehmer*innen bestärkte Position A darin, eine gewisse Anerkennung unter den etablierten politischen Akteuren in Erfurt gewonnen zu haben – denn Teilnahme heißt Zustimmung und darin drücke sich die Sprechmächtigkeit einer Position aus. Komisch,

dass gerade eine sich als linksradikale, d.h. anti-politisch verstandene Position, auf die Kriterien des quantitativen Zuspruchs und der Sprechmächtigkeit berufen. Diese Argumentation offenbart eine Intention dieser Position: Wer mit Vokabular wie »Sprechmächtigkeit« umgeht, will sprechen – also im Politikgeschehen, wie breiter Bündnisarbeit, mitmischen. Politik machen heißt, die Verwaltung der sich darstellenden Sachzwänge zu organisieren und auf demokratische Mehrheiten zu zielen – nichts anderes tun auch Gewerkschaften und Parteien. Vom reformistischen Glauben an Politik und demokratische Veränderung scheidet sich der Anspruch und die Analyse der nachfolgend dargestellten Position.

Position B – Ein anderer Teil des Vorbereitungskreises stellte sich zur skizzierten Auffassung kritisch und denkt den linksradikalen Anspruch weiter. Eine linksradikale Position muss sich als anti-politisch verstehen, wenn sie sich in die praktische Vermittlung ihrer Theorie, d.h. in Konfrontation mit zivilgesellschaftlichen und bürgerlichen Positionen, begibt. Das kann nur heißen, Politik nicht im vorherrschenden Verständnis zu betreiben, da dies einzig die Verwaltung von Sachzwängen bedeutet und dies wiederum die Verwaltung von Herrschaft und Ausbeutung. Eine anti-politische Haltung zeigt eben diese notwendigen Zwangsverhältnisse auf und bewahrt darin eine gesellschaftsverändernde Perspektive, welche Position A aufgibt, weil sie das gut gemeinte und dennoch falsche Verständnis von Gesellschaft nicht aufdecken kann, da sie diesem selbst verhaftet bleibt.

Die empörte Reaktion einiger zivilgesellschaftlicher Akteure und politischer Funktionäre stellt sich als inhaltlich konsequenter Ausdruck ihrer Vorstellung von Gesellschaft dar. Der Vorwurf, dass die Akteure sich nicht konsequent und entschlossen gegen die gesellschaftlichen Zumutungen stellen, greift einen elementaren Kern dieser falschen Vorstellungen an: ihre eigene Identität. Eine linksradikale Kritik muss eben diese Identität, welche das affirmative Verständnis der politischen Praxis beinhaltet, mit ihrer gesellschaftlichen Verflochtenheit konfrontieren. Eben diese Konfrontation, die besagt, dass am kommunalen Verhandlungstisch keine radikale gesellschaftliche Veränderung möglich ist, wird von den Akteuren als Angriff verstanden, als Angriff auf ihre Identität, deren Teil ihr politisches Handeln ist. Identität stellt die Schnittstelle zwischen den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Subjekt dar. Eine linksradikale Kritik der Verhältnisse muss demnach den Menschen als Subjekt dieser Gesellschaft fokussieren. Erst wenn es dort zu einem Bruch kommt, kann existenziell begriffen werden, dass Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse jedes Handeln und Leben durchdringen.

Es gilt einzusehen, dass das politische Verwalten und Funktionieren, ein gesellschaftliches Weitersein beinhalten. Damit unterstelle ich nicht, dass diese Akteure nicht auch »Gutes« im Sinne hätten, dass sie Lebensbedingungen nicht verbessern wollten. Doch ist es notwendig zu erkennen, dass alle Menschen Teil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses sind – dass niemand sich ausnehmen kann und nirgends eine Sphäre besteht, die losgelöst davon bleibt. Kapitalismus, als ökonomische Grundlage und bürgerliche Gesellschaft, als politische Ausformung – diese komplex verzahnten gesellschaftlichen Verhältnisse formieren ein Subjekt, das sich diesen Gegebenheiten fügt, einfügen muss, um bestehen zu können. Dies alles ist als ein totaler gesellschaftlicher Zusammenhang zu begreifen, den es zu brechen gilt. Meines Erachtens kann dieser existenzielle und damit grundlegende Bruch mit der Gesellschaft in einer Konfrontation stattfinden, jedoch nicht beim Austausch von Meinungen, deren Ergebnis ein pluralistisches Nebeneinander bleibt.

Der Imperativ – Dass Meinungen überhaupt pluralistisch nebeneinander stehen können und dies als eine demokratische Wahrheit gilt, bleibt den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen verhaftet: Denn es wurde nicht erkannt, dass aus einer widersprüchlichen Gesellschaft gegeneinander gerichtete Interessen erwachsen und diese Antagonismen in einer Kritik dieser Gesellschaft entwickelt und überwunden werden müssen. Daran mitzuwirken, Interessen zu einem Miteinander, einem Kompromiss, zu fügen – so wie es die Position A tut –, verlängert die bisherige Geschichte, die immer eine von Herrschaft und Ausbeutung war und immer noch ist. Eine linksradikale Kritik muss daher den Schluss ziehen, was zu erkennen bleibt: der einzig richtige Imperativ, diese Gesellschaft, alle gewaltförmigen Verhältnisse abzuschaffen. In der kollektiven Erkenntnis dieses Imperativs wird er zugleich vollzogen und die Frage nach dem »Was tun?« obsolet.

Der Frust bleibt. Dieser Kritik folgend hat die Demonstration keinen linksradikalen Anspruch eingelöst. Der Aufruf übt vielmehr den Spagat zwischen kategorialer Kritik und konkreter Politik. Die überwiegend positiven Rückmeldungen aus der Zivilgesellschaft bestätigen den Reformismus dieser Übung. Es bleibt zu hoffen, dass die Diskussionen einen Anstoß für das Nachdenken über diesen Imperativ leisten konnten. Was die Demonstration geleistet hat, weiß ich nicht – vielleicht hat sie irgendeinem zivilgesellschaftlichem Akteur zu politischem Einfluss verholfen.

ANHANG

Chronik

aus verschiedenen Quellen zusammengetragene Liste von bekannt gewordenen Übergriffen, Aktionen und Vorfällen verübt durch und unter Beteiligung von Nazis für das Jahr 2012 in Erfurt, Stand 1.11.2012

8.1.2012 Ein Berliner Rechtsextremer skandiert in einer Disko u.a. »Heil Hitler!«, »Es lebe die NSU« und beleidigt die herbeigerufenen Polizeibeamten.

16.1.2012 Zwei Nazis versuchen einen Mann in der Innenstadt tätlich anzugreifen. Eine Passantin, die sich schützend vor ihn stellt, wird sexistisch beleidigt.

Mitte Januar 2012 Ein türkischer Student wird an einer Straßenbahnhaltestelle angegriffen. Die Angreifer begründen ihr Handeln damit, dass er ein Telefonat auf türkisch führte.

28.1.2012 Die von den früheren NPD-Funktionären Kai-Uwe Trinka und Konrad Förster gegründete Gruppierung PRO ERFURT veranstaltet nach eigenen Angaben eine Kundgebung im Rahmen des Wahlkampfes zum Oberbürgermeister. Es kommen aber nur etwa fünf eigene Anhänger, ebenso wenig gelingt es, Flugblätter zu verteilen.

4.2.2012 Eine Gruppe alternativer Jugendlicher wird in der Straßenbahn nahe Lutherkirche von drei Nazis angegriffen. Mehrere Betroffene werden verletzt und müssen teilweise im Krankenhaus behandelt werden. Die hinzugekommene Polizei schlägt nochmals auf die Opfer ein und nimmt Leute in Gewahrsam.

6.2.2012 In Erfurt Vieselbach werden Hakenkreuz-Schmierereien festgestellt.

9.2.2012 Rechtsextreme des sogenannten Aktionsbündnisses beteiligen sich an der Aktionswoche zur Mobilisierung für einen rechtsextremen Aufmarsch in Dresden mit einer Flugblattverteilung.

11.2.2012 Ein Grüppchen Nazis läuft bei der Anti-Acta-Demo mit.

25.2.2012 Im Anschluss an die zweite Anti-Acta-Demonstration in Erfurt gibt es eine Auseinandersetzung zwischen Nazis und Linken.

März 2012 »Nationale Aktivisten« verteilen in Wohnblocks Flugblätter, um für den Aufmarsch am 1. Mai in Weimar zu werben.

März 2012 An einem Wahlkreisbüro der Partei »Die LINKE« in der Johannesstrasse werden Neonazi-Aufkleber angebracht.

Mitte März 2012 Zehn Nazihoooligans suchen in der Johannesstraße nach vermeintlichen Linken.

17.3.2012 Am Kunsthaus Erfurt kommt es während einer Ausstellung zu einem Übergriff von Nazis auf vermeintlich linke Besucher_innen der Veranstaltung. Die Polizei und der Oberbürgermeister leugnen in der Presse und als Antwort auf eine Anfrage im Stadtrat jeden rechten Hintergrund.

Mitte April 2012 Rechtsextreme bringen nach eigenen Angaben zwei Transparente »Raus aus dem Euro!« an Brückengeländern an.

Ende April 2012 Aufkleberaktion für den Naziaufmarsch am 1. Mai in Weimar.

April/Mai 2012 Verteilung des »Erfurter Stadtecho«, der Zeitung von PRO ERFURT.

1.5.2012 Eine in Weimar durch Michael Fischer angemeldete Kundgebung zu der 200 Nazis anreisen, wird durch die Versammlungsbehörde aufgelöst, da die Nazis es nicht schaffen, genügend nicht vorbestrafte Ordner_innen zu finden. 80 der Nazis fahren weiter nach Erfurt, wo sie problemlos eine zweistündige Versammlung vor dem Hauptbahnhof durchführen können.

12.5.2012 Ca. 10 Fans von Rot-Weiß-Erfurt rufen auf dem Heimweg eines Auswärtsspiels am Hauptbahnhof antisemitische Parolen. Die Polizei ermittelt wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und Volksverhetzung.

Anfang Juni 2012 Zwei Nazis stören im linken Jugendbüro RedRoXX und tätigen NS-verherrlichende und volksverhetzende Äußerungen. Sie widersetzen sich einem Hausverbot.

9.6.2012 Zwei Vertreter der NPD demonstrieren beim Tag der Offenen Tür im Thüringer Landtag mit bedruckten T-Shirts »Staasi raus aus diesem Haus« (Fehler im Original) gegen die »Gefahr einer kommunistischen Landesregierung« und versuchen, im Plenarsaal auf den Plätzen der PDL Aufkleber anzubringen.

9.6.2012 Während eines Public Viewings werden mehrere alternative Jugendliche von einer Gruppe Nazis körperlich angegriffen und bedroht. Andere anwesende Besucher_innen ignorieren die gewalttätigen Nazis zunächst. Mehrere Nazis werden festgenommen.

15./16.6.2012 In Anschluss an eine Feier des Bildungskollektiv Biko in der Offenen Arbeit Erfurt werden Besucher_innen der Veranstaltung auf dem Heimweg von einer Gruppe von 15 bis 20 Nazis angegriffen und verletzt. Die Betroffenen ziehen sich auf das Gelände der evangelischen Suchthilfe zurück, woraufhin die Nazis versuchen, dorthin zu gelangen.

17.6.2012 Während eines »Public Viewings« im Erfurter Stadtgarten kommt es zu Beschimpfungen und Rangeleien. Die rechten Fußballfans rufen Parolen wie »Alles außer Deutschland ist Scheiße«, »Sieg Heil« und zeigen den Hitlergruß. Jugendliche, die sich gegen die Parolen wenden, wurden aufgefordert mit nach draußen zu gehen, um sich einem »Kampf Mann gegen Mann« zu stellen. Einer der Bedrohten wird mit einem Kopfstoß angegriffen. Einem Security-Mitarbeiter, der eingreifen will, wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

21.6.2012 PRO ERFURT richtet in der Carl-Zeiß-Straße 37 eine Geschäftsstelle ein, Ansprechpartner ist Dietmar Möller.

23.6.2012 Etwa 40 Nazis nehmen an einer von den sogenannten »Freien Kräften Erfurt« organisierten Kundgebung »Erfurt aktiv gegen Sexualstraftäter und Kinderschänder« teil.

26.6.2012 Auf dem Anger gibt es einen Naziangriff auf zwei Personen der linken Szene, die beide verletzt werden.

28./29.6.2012 In der Nacht nach dem Fußballspiel Deutschland gegen Italien wird der linke Lese- und Infoladen »veto« von Unbekannten angegriffen und mit einem schweren Gegenstand eine Glasscheibe zum Splintern gebracht.

8./9.7.2012 Nazis provozieren am Bahnhof während einer Solidaritätsaktion für einen Flüchtling.

13.7.2012 Erneuter Naziangriff auf das Kunsthaus. Zuerst provoziert eine Gruppe Nazis die Besucher_innen einer Ausstellungseröffnung anhaltend mit Naziparolen und »Sieg Heil«-Rufen. Dann schlagen mehrere Nazis den Kurator der Ausstellung und brechen ihm das Nasenbein. Der Leiterin der Einrichtung wird eine volle Bierflasche auf den Kopf geschlagen. Einer auf dem Heimweg befindlichen Besucherin wird im Beisein ihres Kindes der Kopf auf einen Autokühler geschlagen, andere Besucher werden durch Flaschen verletzt. Die erst nach mehreren Notrufen eintreffende Polizei wird von den Nazis angegriffen, eine Beamtin schwer verletzt. Alle acht Angreifer_innen werden erkennungsdienstlich behandelt. Wie schon beim ersten Angriff auf das Kunsthaus berichten gut unterrichtete Kreise, dass die Angreifer_innen aus der Kneipe »Johnny Worker« kamen.

15.7.2012 Enrico Biczysko verkündet auf der Website von PRO ERFURT die Gründung einer »JUGEND PRO ERFURT«.

20.7.2012 Mehrere Menschen werden in der Straßenbahn von vier Personen bedroht, die zuvor schon durch das Grölen rechtsextremer Parolen und Zeigen des Hitlergrußes aufgefallen waren. Erst nach wiederholter Ankündigung und eindeutigen Versuchen, die Polizei zu verständigen, werden die Betroffenen in Ruhe gelassen.

22.7.2012 Nachts kommt es zu einem Angriff auf Studierende auf dem Anger. Mehrere Nazis provozieren, rufen rechte Parolen, zeigen den Hitlergruß und greifen dann tätlich an. Die Angegriffenen berichten, dass die eintreffende Polizei und die Nazis freundschaftlich miteinander umgehen.

26.7.2012 Auf dem Grundstück eines Wachmanns des Thüringer Wirtschaftsministeriums werden große Mengen Gefahrenstoffe, Brandbeschleuniger und neonazistisches Propagandamaterial gefunden. Der Mann soll der neonazistischen Gruppe REICHSBÜRGER nahe stehen.

August 2012 In der Unterführung Stauffenbergallee/Juri-Gagarin-Ring werden Hakenkreuz-Schmierereien festgestellt.

6.8.2012 Während einer NPD-Kundgebung greifen die Parteikader Patrick Wieschke, Tobias Kammler und eine weitere Person den Stand einer Gegenkundgebung an, zerreißen dem Moderator das T-Shirt und versuchen das Mikrofon zu bekommen. Einem anderen Demonstranten wird zuvor von Kammler heißer Kaffee ins Gesicht geschüttet. Die Polizei guckt erst nur zu und nimmt sehr widerwillig Anzeigen auf.

6.8.2012 NPD-Funktionäre besuchen aus Protest gegen die Museumsordnung der Stadt ein Museum und kündigen einen »Nationalen Museumstag« an.

10.8.2012 An eine für legale Graffiti freigegebene Wand werden mehrere Hakenkreuze geschmiert.

17.8.2012 Ein 43-jähriger Mann grölt vor der Thüringer Staatskanzlei rechtsextreme Parolen. Die Polizei ermittelt.

22.8.2012 Sechs Nazis greifen zwei Personen in der Puschkinstraße/Dalbergsweg an. Beide müssen mit leichten Verletzungen ins Krankenhaus.

25.8.2012 In den frühen Morgenstunden beendet die Polizei eine private Feier in einer Wohnung, bei der laut Musik abgespielt und rechtsextreme Parolen skandiert wurden.

29.8.2012 Drei Männer im Alter von 22 bis 29 Jahren – zwei davon laut Polizei mit rechter Gesinnung – greifen mehrere 17-jährige Jugendliche auf dem Petersberg an und verletzen mindestens fünf Personen.

30.8.2012 Der NPD-Kreisverband veranstaltet einen wenig beachteten Info-Stand zu den Markttagen.

1.9.2012 Ein Nazi pöbelt am Morgen in der Krämpferstraße eine Gruppe Jugendlicher an. Die zufällig in der Nähe befindliche Polizei überwältigt ihn, als er mit einem Messer einen Jungen angreifen will.

1.9.2012 Offenbar als Reaktion auf das Verbot einer Demo in Dortmund versuchen Nazis, ein Drittligaspiel in Erfurt zu besuchen. Den ca. 100 Personen wird aber der Zutritt zum Stadion verweigert. Eine halbstündige Spontanversammlung im Stadtteil Rieth findet ohne Gegenaktivitäten statt.

2.9.2012 Als die Polizei wegen Ruhestörung bei einer Wohnung eintrifft, rufen zwei dort angetroffene Männer rassistische Parolen.

3.9.2012 Polizeibeamte werden auf einen Mann mit einem T-Shirt mit verbotenen nationalsozialistischen Symbolen aufmerksam. Auf seinen Armen befinden sich offen sichtbare Tätowierungen mit weiteren NS-Symbolen. Das T-Shirt wird sichergestellt.

4.9.2012 Drei Männer kündigen beim Polizeinotruf an, dass es in einer Pizzeria »gleich Knallen« werde. Zwei Autos auf dem Gelände des Restaurants werden beschädigt. Zwei Verdächtige sind der Polizei wegen ihrer rechten Gesinnung bekannt.

9.9.2012 Nachdem ihnen der Zutritt zu einem Döner-Imbiss verweigert wird, rufen zwei Männer »Heil Hitler« und »Sieg Heil«.

10.9.2012 Gegen 07:30 Uhr wird auf einem Papierkorb im Bereich eines Schulkomplexes ein aufgesprühtes Hakenkreuz festgestellt.

11.9.2012 Sogenannte Freie Kräfte verteilen in der Innenstadt Flugblätter an Passant_innen, um auf eine für Ende September angemeldete Demonstration »Zukunft statt EU-Wahn« zu werben.

15.9.2012 In der Geschwister-Scholl-Straße besprüht ein Mann eine Hausfassade mit Hakenkreuzen und anderen rechtsextremen Symbolen. Die herbeigerufene Polizei findet bei dem 31-jährigen einen Baseballschläger, eine Schreckschusswaffe sowie mehrere Farbdosen und Schablonen.

15.9.2012 Die NPD führt einen Infostand am Melchendorfer Markt durch.

17.9.2012 In der Györer Straße wird von Anwohner_innen festgestellt, dass in der Wohnung eines 26-jährigen Mannes rechtsradikale Musik abgespielt wird. Die Polizei findet mehrere neonazistische Tonträger, Symbole und Fahnen.

18.9.2012 In der Bahnhofstraße entblöst ein 30-jähriger vor einem Migranten ein Hakenkreuz-Tattoo. Die Polizei stellt die Personalien fest.

18.9.2012 Angehörige der NPD stören eine Kundgebung von Flüchtlingen vor dem Landtag mit rechtsextremen Parolen und Transparenten. Die KundgebungsteilnehmerInnen handeln entschlossen und verjagen die Nazis, wobei letzteren einige Transparente abhanden kommen.

20.9.2012 Ca. 20 Nazis der NPD halten abgeschildert durch Polizei und Gegendemonstrant_innen vor dem Landtag eine Kundgebung ab.

20.9.2012 In einem Durchgang zwischen den Wohnhäusern in der Mainzer Straße werden Hakenkreuz-Schmierereien entdeckt.

20.9.2012 Nazis der »Freien Kräfte« verteilen Flugblätter vor Einkaufsmärkten für eine am 29. September angemeldete Demonstration.

23.9.2012 Die Polizei wird wegen »Heil-Hitler«-Rufen in die Spittelgartenstraße gerufen. Der dort ange-troffene 32-jährige Tatverdächtige ist völlig nackt und stark alkoholisiert. Er wird in Gewahrsam genommen.

29.9.2012 Am Anger wird in den frühen Morgenstunden eine auf die Straßenbahn wartende Gruppe Jugendlicher von einem Nazi wegen ihrer Aufnäher und ihres Aussehens angepöbelt, bespuckt und tätlich angegriffen. Es kommt zu einer körperlichen Auseinandersetzung. Der Nazi folgt den Jugendlichen in die Bahn und bedroht sie weiter, bis sie aussteigen.

29.9.2012 Ca. 80 Nazis aus dem Spektrum der »Freien Kameradschaften« und der »Autonomen Nationalisten« aus Thüringen und Sachsen-Anhalt sowie von Vertretern von »PRO ERFURT« demonstrieren weitgehend ungestört durch Erfurt. Antifaschistische Proteste werden durch die Polizei behindert und schikaniert.

29.9.2012 Auf dem Erfurter Oktoberfest kommt es am Abend aus einer Gruppe heraus zu rassistischen Äußerungen und Pöbeleien. Die Polizei nimmt neun Tatverdächtige mit auf die Wache und erstattet Anzeige.

4./5.10.2012 In der Nacht dringen aus einer Wohnung in der Bogenstraße laute rechte Musik und »Heil-Hitler«-Rufe. Die Polizei beschlagnahmt mehrere CDs und erstattet Anzeige.

5.10.2012 Ein 19-Jähriger zeigt im Festzelt des Oktoberfestes mehrfach den Hitlergruß.

6.10.2012 In der Johannesvorstadt werden an einem Tor SS-Runen und der Schriftzug »NS« angebracht.

7.10.2012 Ein 62-jähriger Mann schreit am Sonntagnachmittag beim Angerbrunnen volksverhetzende Parolen und wird in Gewahrsam genommen.

9.10.2012 Ein sich selbst als Nazi bezeichnender 19-Jähriger verfolgt am Abend eine Gruppe Studierende vom Fischmarkt in die Allerheiligenstraße. Er beschimpft die Studierenden antisemitisch und rassistisch, ruft rechte Parolen und greift sie körperlich an. Die dazu gerufene Polizei stellt fest, dass der Angreifer wegen einschlägiger Delikte bekannt ist.

25.10.2012 Ein Mann beschimpft nachts in der Straßenbahn ein Mitglied der Linksjugend, weil ihm offenbar dessen Umhängetasche

missfällt. Nachdem er zunächst »Bastard«, »linke Sau« und »Zecke« vor sich her murmelt, bespuckt er die Tasche des Betroffenen. Als der solcherart Angegriffene sich zum Aussteigen von dem Mann entfernt und zwei Türen weiter auf das Halten der Bahn wartet, wird der Mann durch zwei couragierte mitfahrende Personen daran gehindert, ebenfalls auszusteigen.

1.11.2012 Ein Nazi beschimpft und bedroht ein Paar, weil eine der beiden Personen nicht weiß und deutsch aussieht.

Mitmachen und vernetzen!

AG17

Die AG17 ist eine Antifagruppe aus Erfurt. Sie sieht die Ursachen für Rassismus und Antisemitismus (und andere widerliche Ismen) in der kapitalistischen Verge-sellschaftung, ihrer Ordnung und ihrer bürgerlichen Ideologie. Aus diesem Grund versucht sie die komplizierte Wirklichkeit zu analysieren und gesamtgesellschaftliche Verhältnisse zu kritisieren. Unter anderem durch Infoveranstaltungen, Diskussionen, oder Aktionen, wie Demos.

<http://www.autistici.org/ag17>
ag17@riseup.net

Jede ungerade Kalenderwoche ab 19 Uhr im »veto« abwechselnd »offenes Antifa-Plenum« und »AntifaInfoAbend«

AKE

Die »antifaschistische koordination erfurt« [ake] engagiert sich seit 2007 in Erfurt gegen Nazis, die extreme Rechte, Antisemitismus und Rassismus. Wir sind Einzel-personen, die zum Teil auch in anderen Organisationen aktiv sind.

<http://erfurtnazifrei.wordpress.com>
<http://twitter.com/AKErfurt>
ak-erfurt@riseup.net

Antirassistische Flüchtlingsini

Die Flüchtlingsini ist eine antirassistische Gruppe. Der Gruppe geht es darum, nicht stellvertretend, sondern emanzipatorisch zu handeln – im Sinne einer Befreiung aus Verhältnissen der Abhängigkeit und Unterdrückung durch selbstständiges Handeln und in Interaktion mit Flüchtlingen.

Offenes Plenum jeden Donnerstag 17 Uhr im Veto

Bildungskollektiv Biko

Das Bildungskollektiv Biko ist ein Versuch der Unversöhnlichkeit mit den jetzigen Verhältnissen, ein Versuch, sich von der eigenen Ohnmacht nicht dumm machen zu lassen. Mit diesem Bewusstsein wollen wir sowohl an eine Tradition emanzipa-torischer Bewegungen anknüpfen als auch diese Geschichte kritisch reflektieren. Wir bieten Abendveranstaltungen, Kreativangebote, Einführungsveranstaltungen, methodische Workshops, Tagesveranstaltungen und Seminare zur Vertiefung zu vielfältigen Themen – gerne in enger Absprache und gemeinsamer Vorbereitung mit den Teilnehmer_innen. Wir sind gut vernetzt mit verschiedenen Akteuren in Bildung, Politik und Kultur und arbeiten leider meist unter prekären Bedingungen.

<http://biko.arranca.de>
biko@arranca.de
0361/6634265

Es gibt immer die Möglichkeit, das Kollektiv zu stärken, aber auch, es zu stören, zu verunsichern und neu zu sortieren, z.B. beim Biko-Cafe Dienstags 16-19 Uhr im veto.

ezra

ezra ist die mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen. Wir beraten, begleiten und unterstützen Menschen, die aus Motiven gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit angegriffen werden – also deshalb, weil die Täter sie einer von ihnen abgelehnten Personengruppe zuordnen. Daneben richtet sich unser Angebot auch an Angehörige von Betroffenen und an Zeugen.

<http://www.ezra.de>
opferberatung@bejm-online.de
Notruf-Telefon 0176/94627507

HSG AntiRa Campus Erfurt

Die Motivation eine Hochschulgruppe zu initiieren, entstand aus der Betroffenheit über rassistische Gewalt physischer und verbaler Art, denen Studierende mit Migra-tionshintergrund, internationale Studierende sowie weitere Hochschulangehörige der Universität Erfurt ausgesetzt waren. Die Hochschulgruppe AntiRa Campus Erfurt ist von ihren Mitgliedern her eine heterogene Gruppe, die sich als über-parteilich, ohne organische Verbindung zu einer politischen Partei, versteht. Die Gruppe will Anlaufstelle für Betroffene von Rassismus sein, das Bewusstsein über das Ausmaß des täglichen Rassismus in Erfurt schärfen und für gesellschaftliche Teilhabe von Studierende mit Migrationshintergrund und migrantische Studierende eintreten.

<http://antiracampuserfurt.wordpress.com>
antiracampuserfurt@googlemail.com

Wenn ihr Mitglieder im Verteiler sein wollt, dann schreibt uns eine E-Mail.

Infoladen Sabotnik

Der Infoladen will eine Vernetzung linker, alternativer Strukturen in Erfurt möglich machen. Dafür bieten wir im Netz und real einen Ort, an dem Termine und Infomaterial aus dem undogmatisch-linken Spektrum erhältlich sind. Außerdem ist der Laden Anlaufstelle für politisch interessierte aber nicht organisierte Menschen, die sich informieren, diskutieren und auch Leute und Strukturen kennen lernen möchten. Im veto unterhalten wir offene Computer mit Internetzugang, eine Bibliothek, ein Archiv, haben zahlreiche Zeitschriften im Abo, bieten aktuelle Flyer, Plakate, T-Shirts, Buttons und Aufnäher an.

MOBIT

Seit 2001 unterstützt die »Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus (MOBIT)« verschiedene Akteur*innen mit dem Ziel, eine demokratische, emanzipatorische Kultur zu stärken. Unser Anliegen ist es, überall dort Unterstützung und Beratung zu bieten, wo Menschen sich für demokratische Grundwerte und Menschenrechte engagieren und aktiv gegen die extreme Rechte handeln wollen. Der Fokus ist dabei auf die Stärkung der demokratischen Kultur zur Zurückdrängung extrem rechter Verankerungs- und Dominanzbestrebungen gerichtet. Unsere Beratung orientiert sich an den Akteur*innen und an den Gegebenheiten vor Ort. Neben der Vermittlung von Wissen steht die Stärkung der Handlungskompetenz und der Eigeninitiative im Vordergrund. Gemeinsam mit engagierten Personen und Bündnispartner*innen werden, ausgehend von deren Erfahrungen und unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten, spezifische Handlungsstrategien entwickelt, um nachhaltige Veränderungsprozesse in Gang zu setzen.

veto

Das veto ist ein Laden im Papiermühlenweg, der Raum für Gruppentreffen, einen Infoladen mit Bibliothek und Archiv und einen Umsonstladen sowie Lesungen, Diskussions- und Infoveranstaltungen bietet. Während der Öffnungszeiten gibt es die Möglichkeit zum Treffen, Kaffeetrinken, Rumhängen, Lesen, Internetsurfen und Austauschen. veto heißt, Widerspruch einzulegen und die herrschenden Zustände radikal zu kritisieren. Dabei soll das veto ein offener Raum sein, in dem kein Platz für Diskriminierungen ist. Das veto wird betrieben durch verschiedene Antifagruppen, die queer-feministische Gruppe wi(e)derdienatur, das Bildungskollektiv Biko, den Infoladen Sabotnik, dem Umsonstladen, die Flüchtlingsinitiative, die FAU Thüringen und weitere Gruppen und Einzelpersonen.

<http://sabotnik.blogspot.de>
infoladen-erfurt@riseup.net

Der Infoladen ist eine heterogene und halboffene Gruppe. Meldet euch bei den Öffnungszeiten (Montag 17-20 Uhr im veto) oder per Mail, wenn Ihr Interesse habt, mitzumachen.

<http://www.mobit.org>
mail@mobit.org
0361/2192694

<http://veto.blogspot.de>
Papiermühlenweg 33, Erfurt

Öffnungszeiten:

Mo. 17-20 Uhr: Infoladen Sabotnik

Di. 15-18 Uhr: BiKo-Cafe

Mi. 19-22 Uhr: 14-tägig AG17

Do. 17 Uhr: Treffen der Flüchtlingsini

Sa. 14-15 Uhr: FAU Thüringen

letzter Sonntag im Monat: Törtchen-Café

zuletzt beim Biko erschienen:



Die Hausbesetzung auf dem ehemaligen Gelände der Erfurter Firma Topf & Söhne, die in der Zeit des Nationalsozialismus Krematoriumsöfen für Konzentrations- und Vernichtungslager hergestellt hatte, war in den 2000er-Jahren eines der bekanntesten linksradikalen Projekte in Deutschland. Unser Buch will die Erfahrungen dieser Zeit festhalten. Mit Erzählungen und Analysen rekonstruieren wir gemeinsame Kämpfe und interne Streitigkeiten, sprechen mit anderen Beteiligten über Ratten und Debatten und bieten dazu einen Überblick über die Hausbesetzer_innenszene der 1990er-Jahre in Erfurt und die historische Bedeutung der Firma Topf & Söhne.

»Ich fand's geil, dass wir auf dem Gelände mit dieser krassen Geschichte was gemacht haben, das die Nutzung im NS rumgedreht hat. Die haben halt damals für Geld alles gemacht. Wir haben alles fast ohne Geld gemacht. Das fand ich den richtigen Umgang mit dem Gelände.«

Coma Richter, Besetzerin

188 Seiten, 12,90€. Bezug über den Buchhandel oder die Verlagsseite <http://www.graswurzel.net/verlag/>



Das Heft dokumentiert den dritten Themenblock der Veranstaltungsreihe Kunst, Spektakel & Revolution, der sich mit den fünf menschlichen Sinnen – Geschmack, Tastsinn, Geruch, Gehör, Gesicht – auseinandergesetzt hat. Idee war dabei, das problematische Verhältnis von Vernunft und Sinnlichkeit, welches für die Ästhetik zentral ist, vom Pol der Sinnlichkeit her anzugehen und dies dabei dahingehend wörtlich zu nehmen, als dass wir uns von einer Hinwendung zu jedem einzelnen Sinn jeweils einen reflexiven Zugang zu jener Weltgeschichte erhofft haben, deren Arbeit nach Marx die historisch spezifische Herausbildung der fünf menschlichen Sinne bedingt. Damit ging die Fragestellung über den engen Bereich der Ästhetik hinaus und berührt dabei Aspekte von Herrschaft, Sphärentrennung, Verdinglichung, Arbeit, Geschlechter- und Klassenverhältnis, usw. – Themen die jedoch gerade durch den eher ungewöhnlichen Zugang über die Sinne jenseits der linken und akademischen Langeweile berührt werden sollten.



Infrastruktur Bankrott (Hg.)
„Decoy Anarchy“
Libertäre Interventionen in
eine neue Bewegung.
Spezialheft, Band 2
128 Seiten, 14,90 Euro
ISBN 978-3-8394-0122-2

Mit Beiträgen von Judith Becker,
Wito Harris, David Swartz, Guyuki
Chakraverty. Special issue aus der
Project on History of Public Spheres,
Interregional Network and Trans Cultural
Collective.



F. Hirschman, E. Eysenck,
T. Robert, J. Kautner, J. Schäfer:
Regime
Wie Business organisiert und
Ausdruck formalisiert wird.
176 Seiten, 12,90 Euro
ISBN 978-3-8394-0121-5

Wie kann der Sieg B des Regimes
dazu beitragen, die Komplexität von
Berufsleben zu verstehen?



Sibio Federal
Aufstand aus der
Küche
Reproduktionsarbeit im
globalen Kapitalismus und die
antibureaucratische feministische
Revolution
Küchen Politics, Band 1
128 Seiten, 14,90 Euro
ISBN 978-3-8394-0120-8



Queen of the Neighborhood
Revolutionäre Frauen:
Biografien und Skizzen
128 Seiten, 10 Euro, 12x18 Euro
ISBN 978-3-8394-0123-0

Das Queen of the Neighborhood Col-
lective verlegt die meist weiblichen
Skizzen häufiger Straßen und deren
kulturellen Klänge und macht sie
über die Queen of the Neighborhood
Kulturkollektive bekannt.

Am 25. Mai 2009 wurde Erfurt von der Bundesregierung als »Stadt der Vielfalt« ausgezeichnet. Aber wie vielfältig und weltoffen ist die Landeshauptstadt von Thüringen? Diese Broschüre macht die Perspektive derer deutlich, die auf Vielfalt und Weltoffenheit angewiesen sind, weil sie der Mehrheitsgesellschaft nicht angehören. Die Antworten zeichnen ein düsteres Bild von einer Stadt, die sich mit Vielfalt schmückt, aber gleichzeitig ein massives Problem mit Rassismus, sozialer Ausgrenzung und Nazigewalt hat. Ergänzt werden die Erfahrungsberichte durch verschiedene Versuche, die geschilderten Zustände zu erklären und ein Kapitel, das sich der Frage »Was tun?« widmet.

ISBN 978 3 942885 45 4



9 783942 885454 >